

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 87-7, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postumschick Nr. 4069 u. A. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 51.

Freitag, den 1. März 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Prätorianer.

Und haut ihr die verdammte Brut
Millionenfach zu Drei.
Das Hentkerblut zum Himmel spritzt,
Dann bin auch dabei!

Dieses „Gedicht“ zitiert der Generalleutnant v. Bogulawski als Zeichen für die sozialdemokratische Gesinnung; aber so denkt er auch selber für seine eigene Person, wenn es wirklich ein Mal mit Säbeln und Kanonen gegen die Sozialdemokratie ginge. — O, wenn es doch erst losginge! Denn „nur die That kann helfen“; — „es handelt sich nicht um Kleinliche Polizeimäßigkeiten, sondern um einen großen, mit gewaltigen Mitteln zu führenden Kampf“; — „vor allen Dingen keine Nadelstiche, sondern Keulenschläge“.

Generalleutnant v. Bogulawski hat ein Buch erscheinen lassen, „Kampfbuch — nicht Scheinkampfbuch“ betitelt. Der Verfasser geht von der Gefahr aus, die die Sozialdemokratie für die bestehende Gesellschaft, für die Klassenherrschaft, für das Königthum, für die Aristokratie, für die von Herrn v. Bogulawski so nöthige soziale Ungleichheit der Menschen, für „Ordnung, Religion und Sitte“ böte. Er sieht, wie die Volksmassen dem Sozialismus entgegenströmen, wie die Partei ohne Unterbrechung an Einfluß und geistiger Macht gewinnt. „Es existiert in Berlin eine Nebenregierung, welcher freiwillig besser gehorcht wird, als der Polizei.“ — „Die sozialdemokratische Leitung stellt „Ordnung“ auf bei öffentlichen Feiertagen. Dieselben tragen die rothen Schleifen. Ihnen wird pünktlich gehorcht. So stellt sich die sozialdemokratische Autorität dem Volke schon leibhaftig in ihren Organen, mit ihren Farben geschmückt, vor Augen. Weiß man denn nicht, welchen Eindruck das auf die Massen macht? Hat man nicht gelernt aus der Geschichte der Revolutionen, daß gerade durch solche Einzelheiten am mächtigsten auf das Volk gewirkt, daß dadurch der Ausbruch einer Revolution oft beschleunigt, manch Mal direkt herbeigeführt worden ist?!

Und die Partei ist nicht nur einflußreich, sie ist auch machtvoll organisiert. „Die Bekämpfer des Militarismus haben sich seine Organisation, und die Hasser und Verächter des Preussenthums die preussische Disziplin zum Muster genommen.“ — Das sozialdemokratische Amtsblatt veröffentlicht die Befehle der Zentralkommission, und die Organe in den Provinzen gehorchen. Keine Partei hat eine solche Menge von Hilfsorganen bei den Wahlen zur Verfügung, wie die sozialistische. Keine bringt ihre Wähler annähernd so vollzählig zur Stelle, wie sie. — Die sozialistischen Gesangs- und Turnvereine tragen viel zur Stärkung und Befestigung der Organisation bei. Es wird nicht lange dauern, und sozialdemokratische Schießvereine werden sich mehrfach aufthun.“

Da gilt es denn nicht mehr zusehen und geschehen lassen, da gilt es zu handeln, da kann „nur die That helfen!“ Und wie soll nun die That aussehen? Wie gesagt, „vor allen Dingen keine Nadelstiche, sondern Keulenschläge“; aber zuerst will er es doch mit milden Keulenschlägen versuchen, der Herr General, nämlich mit gesetzlichen Mitteln. Also: Verbot aller sozialdemokratischen Schriften, Zeitungen und Vereine; Verbot der rothen Fahne und anderer revolutionärer Abzeichen auch in geschlossenen Räumen; Einführung der Strafe der Verbannung der Expatrirung der Rädelstiche bei sozialdemokratischen Umtrieben; Einführung der Deportation (in die Kolonien) nach Ermessen des Richters; die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts wäre das absolut Richtige, jedenfalls auf alle Fälle Aufhebung der geheimen Wahl; um die Beschlüsse des Reichstages zu korrigieren: Einführung eines über dem Reichstag stehenden Oberhauses mit weitgehenden Rechten.

Wenn aber solche Kampfmittel nicht beliebt werden sollten, und wenn der Reichstag alles Derartige ablehnte; nun, dann kommen einfach die ungesetzlichen Mittel an die Reihe; dann natürlich einen frischen, fröhlichen Staatsstreich! Wozu hätten wir denn eine Reichsverfassung, wenn sie von den Mächtigen nicht sollte gebrochen werden können. „Wer den öffentlichen Rechtszustand aus dringender Veranlassung zu ändern unternimmt, thut dies auf seine eigene Verantwortung hin,

mit Daransetzung von Leib und Leben, und stellt sich außerdem vor dem Richterstuhl der Geschichte.“ — Nach dem Buchstaben des Gesetzes ist ein Staatsstreich ebenso wenig gerechtfertigt, wie eine Revolution. Er kann aber ebenso gut das Kennzeichen innerer Berechtigung an sich tragen wie diese, denn wenn man vom ethischen Standpunkt aus eine Revolution nicht mißbilligt, die sich gegen eine in Wahrheit unerträgliche Tyrannei richtet, so wird man gerechter Weise auch einen Staatsstreich nicht verurtheilen können, der sich gegen eine demagogische Herrschaft wendet, oder mit der Ueberzeugung unternommen wird, einer solchen vorbeugen zu müssen.“

Wenn der Reichstag durchaus nicht anders will, nun, dann hat eben — nach dem Wunsche des Herrn v. Bogulawski — der Kaiser persönlich hervortreten und hat die Sozialdemokratie zu vernichten. Das Militär stände ihm dabei, wie der General versichert, zur Verfügung. Denn: „Noch steht der Gigant, unser Heer, noch blinkt sein Schild unentweicht. Noch können wir handeln.“

Die Schrift dieses Generals ist nicht mit einem Lächeln, nicht mit einem Achselzucken abzuthun; sie gehört nur zum Theil zu dem Blödsinn, der in der politischen Broschürenliteratur so läppig wuchert. Zum anderen Theil ist sie ein ernstes Zeichen der Zeit. Man sieht aus ihr, von welchen Gedanken unsere Aristokratie, unser Offiziercorps erfüllt ist. Denn ohne die ideale Zustimmung zum Mindesten eines großen Theils seiner Standesgenossen sagt ein Mann wie Bogulawski solche Dinge nicht. — Wer denkt dabei nicht an die Prätorianer der römischen Kaiserzeit!

Die Prätorianer waren die Garben der römischen Kaiser, und ihre Macht war es, die einer Reihe von Gallunken auf dem Kaiserthron erlaubte, das römische Volk ungestraft quälen, martern und ausplündern zu dürfen. Auf ihre Macht gestützt, konnten kaiserliche Bluthunde wie Tiberius, Caligula, Claudius, Nero, Domitian Hunderttausende unschuldiger Menschen, Alle, die diesen Mächtigen mißlieblich waren, erwürgen lassen. Alle Schamlosigkeit, allen Diebstahl, alles Morden, alle Grausamkeiten der römischen Kaiser und ihrer Dirnen konnte das römische Volk nicht abwehren, weil die römischen Kaiser jederzeit die Prätorianer gegen das Volk auspielen konnten, die Prätorianer, die von all diesen römischen Tyrannen besonders gepflegt und gehätschelt wurden, die hohen Sold erhielten und den übrigen Bürgern gegenüber eine bevorzugte Stellung einnahmen.

Zu einer dieser Prätorianer ähnlichen Stellung möchte Herr v. Bogulawski auch das deutsche Heer degradieren, indem er im Heer den Gedanken zu verbreiten sucht, event. auch zu ungesetzlichen Aktionen benutzt zu werden. Und dem deutschen Kaiser muthet er zu, er solle seine Gewalt mißbrauchen, solle die Verfassung brechen und solle das Heer zur Vernichtung eines großen Theils des deutschen Volkes, nämlich der sozialdemokratischen Partei benutzen.

Da hört dann doch Alles auf, wenn in Deutschland von Generalen, die noch zur Disposition des Heeres stehen, dem obersten Kriegsherrn solche Verbrechen empfohlen werden können. — Wo ist denn da der „Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“? Bei der Sozialdemokratie, die aus gesprochenermaßen einen organischen Ausbau der Gesellschaft will, — oder bei dem Prätorianerpräfecten v. Bogulawski, der Staatsgesetze, Verfassung und Eide brechen und, auf rohe Kriegsgewalt gestützt, den größten Theil des Volkes unterjochen will?

Wo ist da der „Umsturz“! („Vorwärts“.)

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 27. Februar 1895.

47. Sitzung.

Präsident von Seebow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Bundesrathstisch: Fürst Hohenlohe, v. Bötticher, von Marshall, von Köller u. A.

Zur dritten Beratung steht zunächst der Antrag des Abg. Auer u. Gen. (S.D.), betr. die Aufhebung des sogenannten Diktaturparagrafen in Elsaß-Lothringen, in Verbindung mit dem vom Abg. Colbus (S.D.) gestellten Antrag desselben Inhalts.

Beide Anträge sind in zweiter Berathung unverändert angenommen worden.

In der Generaldebatte befristet
Preiß (S.D.) die Aufhebung des Diktaturparagrafen, für dessen Vertheidigung sich im Hause keine Stimme erhoben hätte. Das Ausnahme-Regime in den Reichslanden sei dadurch moralisch gerichtet. Er hoffe auf eine große Mehrheit. Seine letzte Rede habe mehrere Mitglieder des elsässischen Landesausschusses sehr aufgeregt; diese hätten sich wohl getroffen gefühlt. Wenn er in der ersten Lesung Elsaß-Lothringen mit einem Hunde, der an die Kette gelegt sei, verglichen habe, so habe ihm dabei selbstverständlich eine Vertheidigung seiner Heimath ferngelegen. — Die Generaldebatte wird darauf geschlossen und in der Spezialdiskussion verlangt Niemand das Wort.

Die Anträge werden bei der darauf folgenden Abstimmung beide mit großer Mehrheit angenommen.

Es wird darauf die Berathung des Antrages P i y e, betr. die gewerblichen Verhältnisse der Arbeiterinnen, fortgesetzt.

W o l f e n b u r g (S.D.): Am vorigen Mittwoch glaubte der Herr Abg. Schall seinen strikten Gegensatz gegen die Sozialdemokratie besonders betonen zu müssen. Er betonte, im Wesentlichen mit dem Antrag P i y e einverstanden zu sein, aus seinen späteren Aeußerungen aber ging hervor, daß er trotz seines Einverständnisses doch gegen den Antrag stimmen werde. Er suchte namentlich zu beweisen, daß die Frau von Gottes- und Rechtswegen ins Haus gehöre, sie dorthin zurück zu führen, müsse Aufgabe der Gesetzgebung sein. Derartige Anläufe können nur Leute vertreten, die mit der Entwicklung der Verhältnisse nicht vertraut sind. Die Stellung der Frau ist eine völlig andere geworden. Wenn früher die Frau beim Spinnen, beim Nähen und Sticken u. s. w., bei einer langen Reihe von Handarbeiten reichlich Beschäftigung fand, so sind gegenwärtig alle diese Frauenarbeiten Fabrikarbeit geworden. Damit, daß die Arbeit in die Fabriken hineinging, war auch die Frau, die sie früher im Hause fertig gestellt hatte, gezwungen, denselben Gang zu wählen: sie mußte in die Fabrik hinein. Wenn man heute verlangen wollte, daß die industrielle Frauenarbeit völlig beseitigt werde, und wenn das einmal das Ziel werden sollte, dann wäre ich begierig zu wissen, auf welche Weise diese Leute die unendliche Masse von Frauen ernähren wollten, die jetzt in den Fabriken Erwerb finden. Nun sagt Herr Schall: Von Gottes- und Rechtswegen gehört die Frau ins Haus, und doch will ich nicht so schnell vorgehen. Ja, wenn einmal Gott verlangt, daß die Frau in das Haus zurück soll, dann ist es doch eine große Sünde, sich diesem Gebot Gottes zu widersetzen. Und der Grund dieser Widergesetzlichkeit ist für Herrn Schall lediglich die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie. Und wodurch sollte sie gefährdet werden? Dadurch, daß sie etwas höhere Löhne zahlt, und der Arbeiterstand etwas gewinnt. Herr Schall aber ist ein Gegner der höheren Löhne und beklagt sich über die Konkurrenz, die die königlichen Fabriken zu Spandau den Landwirthen der Umgegend machen durch Zahlung hoher Löhne an die Arbeiterinnen. In den Dörfern werden nur 4,80 Mf. bis 6 Mf. an die Frauen gezahlt, mehr können, wie er sagt, die Landwirthe nicht zahlen. Ob nicht gerade die Sittlichkeit der Frauen erheblich zu leiden hat, könnte Herr Schall bei näherem Nachdenken schon herausfinden. Herrn Schall ist die Fabrikarbeit ein Dorn im Auge. Er sagt, nur zu häufig kommen die Mädchen, die blühend und kräftig in die Stadt gegangen sind, als ausgebrannte Schlacken zurück. Ausgebrannte Schlacken sind sie nur für den Bauern, der sie nicht mehr für seine schweren Arbeiten gebrauchen kann. Die Fabrikarbeit an sich ist doch nicht sittenverderbend. Möge Herr Schall einmal Dickens zur Hand nehmen und lesen, wie ruhig das Leben einer amerikanischen Fabrikarbeiterin nach dieser Schilderung war. Damals waren Fabrikarbeiterinnen in Amerika sehr schwer zu haben, man mußte deshalb hohe Löhne zahlen und gleichzeitig durfte man auch die Arbeitszeit nicht zu sehr ausdehnen. So kam es, daß gerade diese Mädchen ein geradezu mütterhaftes Leben führten. Komme man heute zu diesen Orten, die Dickens damals beschrieben hat, so sieht es anders aus. Die Sittenverderbnis ist weniger auf ein Sinken der moralischen Qualität zurückzuführen, sondern dies Sinken geht Hand in Hand mit dem Steigen der Arbeitszeit und dem Fallen der Löhne. Gerade die am schlechtesten entlohnerten Arbeiterinnen fallen am leichtesten der Prostitution in die Arme — also nur die schlecht gelohnte Fabrikarbeit bringt die Mädchen geistig und körperlich herunter. Will man die Sittlichkeit der Mädchen heben, so muß man ihre soziale Lage verbessern und die Arbeiterchutzgesetzgebung auch auf diesem Gebiet weiter ausdehnen. Hierzu freilich ist Herr Schall wenig geneigt. Er glaubt, wir haben bereits reichlich genug Enqueten gehabt. Ich war wirklich erstaunt, als ich das hörte. Gewiß, wir haben eine Tabakenquete, eine Zucker-, eine Wollquente gehabt, die haben sich aber alle nicht mit der Arbeiterfrage beschäftigt. Hierzu sind erst zwei Mal Enqueten veranstaltet worden, 1878 über die Lehrlinge, Gesellen, Fabrikarbeiter, Frauen und Kinder, und dann 1885 mit der Sonntagsruhe. Die ganze Arbeiterstatistik hat dem Reichstag noch nicht viel Zeit gekostet. Im Mai 1892 haben wir in einer Sitzung das ganze Regulative erledigt. Der Reichstag hat dann zwei Mal, einmal 6 und einmal 7 Mitglieder zu wählen gehabt, und hat dann alljährlich im Etat 30—40000 Mf. bewilligt. Das ist das Ganze. Die jetzige Kommission für Arbeiterstatistik hat sich sehr wenig mit den Fabrikarbeitern beschäftigt. Sie hat die Wäcker, Konditoren, Kaufleute, Müller und Keller behandelt und wird sich in nächster Zeit mit den im Transportgewerbe beschäftigten Personen zu befassen haben. Die Fabrikarbeiter selbst sind also noch gar nicht in Betracht gezogen worden. Wenn auf diesem Gebiete Herr Schall irgend etwas gethan sehen wollte, so dürfte er den Hohenlohe'schen Antrag nicht ablehnen. Ebenso ablehnend verhält sich Herr Müller. Er will Ruhe haben und meint, wir hätten bereits durch das angenommene Gesetz, das, wie er sich ausdrückt, nur ein Kompromiß zwischen Theorie und Praxis war, das, was möglich sei, durchgeführt. Wenn es zu einem Kompromiß gekommen ist, so kann es höchstens ein Kompromiß der Reichsgesetzgebung mit dem Centralverband deutscher Industrieller sein. Denn, wenn Sie die Beschlüsse der Kommission in erster Lesung

vergleichen mit der Denkschrift dieses Verbandes vom 25. November 1890, dann sehen Sie, daß gerade die Bestimmungen, gegen welche diese Denkschrift Sturm läßt, wieder befestigt worden sind, und daß namentlich für die Frauen die fakultative 1 1/2-stündige Mittagspause hineingekommen ist. Der Bruder des Herrn Müller, ein Mann der Praxis, ist ganz entgegengelegter Ansicht über den Maximalarbeitstag, als der Abgeordnete. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das Urteil eines solchen Praktikers kann man doch nicht gering anschlagend. Der Bruder spricht von der „Beschränkung der persönlichen Willkür der Arbeitgeber“ durch den Normalarbeitstag, der Abgeordnete aber von der „Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter“. Herr Müller erkennt an, daß die Ausbeutung der Frauen am allermeisten in den Gegenden stattfindet, wo die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse niedrig ist. Er hält also die niedrige Lebenshaltung für die Ursache der langen Arbeitszeit. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Leute, die schlecht genährt und wenig ausgeruht sind, sind natürlich auch weniger leistungsfähig und die Unternehmung sucht durch Ausbeutung der Arbeitszeit das zu ersetzen, was an intensiver Arbeit abgeht. Sie sind deshalb nicht weniger geschickt, das sieht man, wenn sie in die Fremde gehen. In Maschinenbau konkurrieren sächsische Weber ganz gut mit den Amerikanern. Was den Antrag selbst betrifft, so möchte vor allem einmal danach gefragt werden, wie weit durch die Einführung der Einschränkung der Frauennarbeit ein Uebergang von der Fabrik zur Hausarbeit stattgefunden hat. In den Berichten der Fabrikinspektoren ist schon Manches darüber zu finden. Wir haben schon früher den Antrag gestellt, die Schutzgesetzgebung auf die Hausindustrie auszudehnen. Der Antrag ist aber leider abgelehnt worden. Jetzt wird man aber konsequenter Weise dazu kommen müssen. Die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit schädigt die Industrie nicht, das zeigt das Beispiel Englands. Das Sträuben der Unternehmer ist man seit Langem gewohnt bei uns; darauf sollte man gar nichts geben. Auf heftigen Widerstand wird aber schon dieser Antrag stöße stoßen. Man will auf sozialem Gebiet nichts unternehmen und der Ausbeutung keine Schranke auflegen lassen. Deswegen sträuben sich die kapitalistischen Parteien, die auch den Erlaß des Unfurzgesetzes wollen. Man sieht, daß bei uns in Deutschland bei der Regierung der „Muth der Kraftlosigkeit“ nicht mehr vorhanden ist. Der Arbeiterbewegung überhaupt soll durch das Unfurzgesetz in die Arme gefallt werden. Wenn diesen Leuten das Zentrum heute Heeresfolge leistet, so nimmt es eine ganz eigenthümliche Haltung ein; einerseits will es die Arbeiter gegen das Kapital schützen, andererseits hilft es Gesetze machen, mit denen das Kapital glaubt, den Fortschritt aufzuhalten und sich dem Erlaß wirksamer Schutzgesetze widersetzen zu können. Wir Sozialdemokraten unterstützen natürlich jede Ausdehnung der Arbeiterchutzgesetzgebung. Wir wünschen besonders, daß die Verhältnisse sich in die Tat ändern und Klarheit in die Thatjachen kommen. Und Deshalb werden wir den hiesigen Antrag unterstützen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Barth (Fg.): Wir werden den Antrag unterstützen. Der hiesige Antrag verlangt Erhebungen über Dinge, die im höchsten Grade öffentliches Interesse verdienen. Die Frage, in welchem Verhältnisse die Arbeitszeit zur Arbeitsleistung steht, ist der Angelpunkt für das, was man gemeinhin Sozialreform nennt. Alles, was geeignet ist, das Verhältniß zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung zu klären, muß unterstützt werden. Im Laufe der letzten Jahre sind hierüber werthvolle Publikationen erschienen, die theilweise den Beweis liefern, daß neben hohen Löhnen und verkürzter Arbeitszeit sehr wohl eine erhöhte Arbeitsleistung, also billige Arbeit, möglich ist. England liefert hierfür den Beweis. In den letzten Jahren sind auch sehr beachtenswerthe Experimente von verschiedenen Industriellen in Bezug auf Herabsetzung der Arbeitszeit gemacht worden. Falsch ist es aber, aus diesen Erfahrungen heraus gesetzgeberisch generalisiren und etwa einen Maximalarbeitstag von acht Stunden für alle Industrien einführen zu wollen. Würde mir nachgewiesen werden können, daß eine gesetzgeberische Regelung der Arbeitszeit weder eine Verminderung des Lohnes noch der Arbeitsleistung mit sich bringt, so würde ich, der Manchestermann, für einen Normalarbeitstag eintreten.

Hüpeden (A.): Die vom Antrag berührten Fragen müssen im Fluß bleiben. Das Volk darf nicht glauben, daß die Sozialreform eingeschlagen ist. Der Mensch ist nicht der Industrie, sondern die Industrie des Menschen wegen da. Ebenso wenig wie wir die Freiheit des Menschen, sich selbst zu verstümmeln, anerkennen, ebenso wenig dürfen wir die von dem Abgeordneten Müller verlangte Freiheit anerkennen, daß sich ein Mensch zum Gegenstand ungehinderter Ausbeutung machen darf. Die konservative Partei ist jederzeit auch für den Maximalarbeitstag der männlichen Arbeiter eingetreten. Generell ist die Frage des Normalarbeitstages nicht lösbar, aber speziell. Hoffentlich wird die Enquete genug Material für eine gesetzgeberische Spezialisirung dieser Frage liefern. Namens der christlich-sozialen Gruppe erkläre ich, daß wir für den Antrag Hise eintreten.

Schall (A.): Ich meine, daß er den Fragen doch wohl etwas näher stehe als der Abgeordnete Wolfenbühler, der ihm Sachverständigkeit bestritten habe. Mit Indignation müsse er den Vorwurf, daß er den Kapitalismus vertrete, zurückweisen. Er halte mehr zu den Armen als zu den Reichen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aufgabe der evangelischen Geistlichen sei es gerade, den Armen das Evangelium zu predigen. (Lachen links.) Gerade den Reichen sagen wir, wie schwer es für sie ist, in das Himmelreich zu kommen. (Lachen links.) Sie sagen, ich habe keine Erfahrung. Ich habe Webels Buch „Die Frau“ vor einigen Tagen gelesen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Etwas Dilettantenhafteres ist mir noch nicht vorgekommen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Besonders die Einleitung. Da fehlt bloß noch, daß geschilbert wird, wie die Frau aus der Urquelle entstanden ist. (Erneutes Gelächter links.) Die Frau gehört ins Haus. In jedem Mädchen sehen wir nicht bloß das Wesen des Diesseits, sondern wir betrachten es als unsere höchste Aufgabe, auch die Frau im irdischen Leben für das ewige Leben vorzubereiten. (Lachen links.) Ich gehöre nicht zu denjenigen evangelischen Pastoren, die von einem berechtigten Kern der Sozialdemokratie sprechen. Der Kern der Sozialdemokratie ist unersaß und unzerstörbar. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Was gut an Ihnen ist, das ist der Rest Christenthum, den Sie noch haben. Die Erhöhung der Löhne thut es nicht. Wenn die Löhne in Spandau auch verdoppelt würden, in sittlicher Beziehung würde damit nichts erreicht, die hohen Löhne gereichen den Arbeitern durchaus nicht zum Segen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was zieht denn die Mädchen in die Spandauer Fabriken? Die Ungebundenheit, die Freiheit, mit ihren Liebsten herumzuflitzen zu können. (Weiterkeit.) In Spandau herrschten Zustände, daß kein anständiger Mensch auf die Straße gehen konnte. Besser wäre, die jungen Mädchen arbeiteten statt in den Fabriken, auf dem Lande. (Auf bei den Sozialdemokraten: für 70 Pfennig täglich), denn das ist viel gesünder und für Körper und Geist vorthelhafter. Mehr als 80 Pfennig kann der Landwirth nicht zahlen. Das sei zu wenig, rufen Sie. Statt die Diäten der Arbeiter zu verbrauchen (Bravo rechts.), kaufen Sie sich doch Landgüter, beschäftigen Sie die Damen zu möglich hohen Löhnen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie werden ja sehen, wie weit Sie kommen. Nicht auf Seiten des Kapitals sehe ich, sondern auf Seiten des Gemeinwohls. (Lachen links.) Gern würden wir mehr für die Arbeiter thun, wenn wir nicht fürchten müßten, dadurch nur der Sozialdemokratie nützen. Denn Ihnen kommt es nicht auf das Wohl der Arbeiter an, sondern auf Ihre vergiftende Agitation. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Levegow: Ich nehme an, daß Sie kein Mitglied des Hauses damit meinen.

Schall (fortfahrend): Auf den stitlichen, auf den christlichen Geist kommt es mehr an, als auf die Gehele. Wenn ich glauben könnte, meinem lieben Freunde Hise einen besonderen Gefallen zu thun, und wenn ich auf Gegenseitigkeit bei besonderen Gelegenheiten rechnen könnte (Weiterkeit), so würde ich vielleicht seinem Antrage zustimmen können. Aber nach der letzten Erklärung des Staatssekretärs v. Ullricher ist er überflüssig. (Bravo! rechts.) Müller (A.): tritt für Ablehnung des Antrages Hise ein und bezieht wiederum die fortgesetzte Beunruhigung der Industrie durch herartige Anträge. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der erwachsenen Arbeiter und überdies nur durchführbar durch internationale Verträge. Mühselige Erfahrungen, die man in einzelnen Fabriken mit verkürzter Arbeitszeit gemacht habe, könnten nicht maßgebend sein für die Allgemeinheit. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde, wenn dadurch gleichzeitig die Produktion verkürzt würde, einen national-ökonomischen Verlust herbeiführen. Wenn aber die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer intensiveren Arbeitsleistung führe, so mache die damit verbundene Aufregung die Leute freiwillig moralisch und körperlich krank.

Wolfenbühler (S.): Der Abg. Schall glaubt, daß ich praktisch das Leben der Arbeiterinnen zu wenig kennen gelernt habe. Aber ich kann ihm sagen, daß ich sie nicht nur dann gesehen habe, wenn sie aus der Fabrik kamen oder in die Fabrik gingen, oder vielleicht einmal bei einem Besuche einer Fabrik, sondern daß ich mehr als 20 Jahre ununterbrochen in einem Raum zusammen mit Arbeiterinnen gearbeitet habe, also ein Beweis, daß ich sie wohl praktisch können gelernt habe. Herr Schall meinte, es sei der schlimmste Verwund ihm zu sagen, er hätte sich als Vertreter des Kapitals angepielt. In seiner Rede am vorigen Mittwoch sagte jedoch Herr Schall u. A.: „In unseren Gegenden bekommen die Mädchen und Frauen 80 Pf. bis 1 Mk. täglich und müssen sich davon selbst bestreiten, und wir sehen schon selbst in der Umgegend eines solchen Ortes, wie Spandau ist, ganz erheblich unter der Konkurrenz der königlichen Werkstätten.“ Wer sind denn „wir, die Leiden“, doch nur die Arbeitgeber, nicht die Arbeiterinnen. Die Leiden doch nicht, wenn sie höhere Löhne bekommen! Herr Schall hat sich also selber mit den Arbeitgebern identifizirt. Herr Schall hat ferner bestritten, daß höhere Löhne die Sittlichkeit der Arbeiterinnen heben. Wenn er einmal ein wenig näher nachforschen wollte, was in den meisten Fällen die Ursache des Falles bei den gefallenen Mädchen gewesen ist, dann würde er finden, daß es keinen so mächtigen Kuppeler giebt, als die Noth ist. Durch die Noth werden die Leute am meisten in's Verderben getrieben und gerade dadurch leidet die Sittlichkeit am meisten, daß die Arbeiterinnen in den meisten Fällen nicht das zum Leben Nothwendige verdienen können. Der Herr Abg. Schall hat eine ganze Reihe von Angriffen gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Er sprach von dem Gift, was in ihrer Lehre liegt. Ganz dieselben Ansichten haben aber auch andere Leute schon über die Theologie gehabt; und wenn er die Worte aus dem „Faust“ zitierte „Grün ist des Lebens goldener Baum“, so kann ich ihm die Worte desselben Mephistopheles entgegenhalten: „In der Theologie liegt viel verborgenes Gift, und von der Arznei ist's kaum zu unterscheiden.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Weiterkeit.) Jede Lohnstatistik zeigt, wo am meisten die Sittlichkeit der Mädchen gefährdet ist. Gerade diejenigen, welche die schlechtesten Löhne haben, sind in sittlicher Beziehung am schlechtesten gestellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Möge Herr Schall nur einmal Rheingold, wo doch die Mädchen besser gestellt sind, als in den östlichen Provinzen, mit diesen vergleichen. Da wird er finden, daß die Zahl der unehelichen Geburten in den östlichen Provinzen erheblich größer ist, als in Rheingold. Wenn es Herrn Schall um die Hebung der Sittlichkeit der Arbeiterinnen wirklich zu thun ist, so muß er Alles bestirworten, was die soziale Lage der Arbeiterinnen hebt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Nach einem Schlusswort des Abg. Hise (3.) wird der Antrag gegen die Stimmen eines großen Theils der Konservativen und National-Liberalen und der Freiservativen angenommen.

Es folgt die erste Verathung des Antrages des Abgeordneten Frh. v. Hammerstein (A.) und Genossen auf Vorlegung eines Segenentwurfes, nach welchem Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Reichsgrenzen unterzagt wird, in Verbindung mit der ersten Verathung eines von den Abgg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.), Zimmermann und Genossen eingebrachten Segenentwurfes, betr. die Einwanderung ausländischer Juden.

Zur Begründung des ersten Antrages erhält das Wort: Jakobskötter (A.): Wir haben einen Ueberfluth der Bevölkerung in Deutschland, der auswandern muß. Da ist kein Grund vorhanden, die Einwanderung ausländischer Elemente zu begünstigen, die unserem Volke fremd gegenüberstehen. (Sehr richtig, rechts.) Die Erfahrungen, die wir mit den einheimischen Juden gemacht haben, zeigen uns den schädlichen Einfluß, den sie auf das öffentliche Leben und das Erwerbsleben der Nation ausüben. (Bravo, rechts.) Wenn man die Juden vom Hausirhandel ausschließen könnte, würden die größten Klagen über ihn verschwinden. (Sehr wahr! rechts.) Auch mit dem jüdischen Konkurrenzwindel muß ausgeräumt werden im ehelichen deutschen Erwerbsleben, das auch durch die jüdischen Wanderläger geschädigt wird. Es darf nicht mehr wie jetzt heißen: „Wer einmal Pleite gemacht hat, ist kein, wer zwei Mal Pleite gemacht hat, ist hochseim.“ Die Juden sind Meister der schamlosen Reskame. Juden haben selbst die Cholera in Hamburg und das Unglück der „Elbe“ zu Reskamen ausgenutzt. Diejenigen Industrien, in denen die Juden herrschen, sind nothleidend, so die Konfektion, wo die Juden weibliche Arbeitskräfte schamlos ausbeuten. Die jüdische Presse zieht die heiligsten Güter der Nation in den Noth. Wenn ich einen Juden Juden nenne — und in diesem Worte liegt Alles: Stamm, Religion, Gesinnung (Weiterkeit, rechts) — so betrachtet er das als eine Beleidigung, ein Beweis, daß die Juden selber nicht viel von sich halten. Wir waren im Interesse des Vaterlandes verpflichtet, den Antrag zu stellen. Mit den Juden, die wir hier haben, haben wir vollständig genug, wenn wir an ihnen die Kulturarbeit, sie an deutsche Art zu gewöhnen, verrichten wollen. Nicht aus Haß gegen die Juden (Lachen links) sondern aus Liebe zum christlichen deutschen Volk kommen wir zu unserem Antrag, der im Interesse des einheimischen Judenthums selber liegt, das vor neuem Zug aus dem Osten bewahrt wird. Nehmen Sie daher unseren Antrag an. (Beifall rechts.)

Windaub (Antif.): Nach der trefflichen Rede meines Vordredners habe ich nicht mehr viel zu sagen. Wir müssen Deutschland vor der Einwanderung der Juden schützen, die noch auf dem Standpunkt des Nomadenthums stehen. Wie haben die Juden in Hessen gehaßt! Der Bauer wird von dem fremden Parasiten Volk ausgebeutet und ausgehungert. Statt des kräftigen Volkschlages, der die besten Soldaten geliefert, haben wir die Schaderer, die mit Hilfe des Viehwurders die Bauern zu Knechten gemacht haben und in ständiger Abhängigkeit erhalten. Wir müssen unser Volk davor bewahren, daß wir nicht noch mehr Juden hineinbekommen. Schon die einheimischen Juden zerstören die schärfste Bevölkerung. Der Prozeß der Kapitalakkumulation wird vom Judenthum und vom römischen Recht beschleunigt. Kein Deutscher ist im Stande, die Arbeiterinnen so auszuscheiden, wie es gewisse jüdische Großkonfessionäre thun. Ich will nicht persönlich werden, aber die bekannte Aeußerung des Herrn Rosenthal ist wirklich charakteristisch. Das Judenthum unterminirt den Staat. Die ärgeren Bühler gegen den Staat sind doch die Juden. Die eigenartigen Juden werden uns dadurch zu gefährlich, daß sie sofort ihre Namen ändern. Manche Geistliche entschließen sich auch zu leichtsinnigen Judentaufen. (Weiterkeit.) Die getauften

Juden bringen dadurch in Kreise, in die sie sonst nicht gekommen wären. Redner erinnert an den Fall Mankö. Die Juden spielen die Hauptrolle an der Börse, besonders an der Getreidebörse, wo sie, nicht die Landwirthe, dem kleinen Mann das Brot vertheuern. Redner bittet Fürst Hohenlohe und Köller, ihre Erfahrungen dem Hauke mitzutheilen, die sie mit dem jüdischen Schacher in Elsass-Vorbringen gemacht haben. (Große Weiterkeit.) Unser deutsches Volk, unser deutscher Grundbesitz geht immer mehr in jüdische Hände über. Der Reichthum des Judenthums ermögdlicht es ihm, seinen Kindern die beste Erziehung geben zu lassen. Jüdische Schüler sind im Uebermaß auf den Gymnasien und in den höheren Töchterschulen vorhanden. Wir müssen nationale Politik treiben. Die soziale Frage werden Sie auch nur lösen, wenn Sie die Judenfrage lösen. Zunächst müssen Sie die Parasiten beseitigen, die am Markt der deutschen Eiche nagen. (Beifall rechts.)

Präsident von Levegow: Eine Aeußerung des Redners hörte ich bei der im Hause herrschenden Unruhe nicht genau. Ich habe jetzt das Stenogramm. Danach hat der Redner, als bei einer Stelle seiner Rede gelacht wurde, gesagt: „Wenn Sie darüber lachen, so beweist das, daß Sie tief gesunken sind.“ Das war nicht mehr konditionell gesprochen, das war eine direkte Beleidigung. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

Abg. Vogt (S.): Die beiden Antragsteller haben sich nur in allgemeinen Redewendungen bewegt. Der Abg. Jakobskötter hat wenigstens den schwachen Versuch gemacht, den Antrag mit sachlichen Gründen zu belegen. Er hat sich mit dem angeblichen Ueberdruß der Bevölkerung beschäftigt, der nicht noch durch ein neues Zutrommen „fremder Völker“ vergrößert werden dürfte. Aber er hat auch ganz in dem Sinne und in der Tonart der Antisemiten gesprochen von dem nothwendigen Schutz des christlichen und deutschen Volksebens, von dem nothwendigen Schutz des öffentlichen Erwerbslebens; er hat sich in Bezug auf den unlauteeren Wettbewerb einer Zahl bedient, die er zweifellos nur so aus dem Handgelenk geschüttelt hat, aber in keiner Weise belegen kann. Wenn Zehntel des unlauteeren Wettbewerbs sollen den Juden zur Last fallen, soweit es schwindelhaftes Annoncen betrifft. Ich habe die Empfindung, daß man nicht mit demselben Prozentfuß, so hoch mit derselben Ungeschicklichkeit, mit demselben Zutrommen auf Erfolg auf nicht-jüdischer Seite handeln wird. (Oppl rechts.) Der Mann, der da anounced: „Ich habe 17 Mann zum Stehlen engagirt und verkaufe daher zu Sechshundert“, war ein sogenannter guter Christ. Man soll also anderen Leuten nichts vorweisen, wovon man selbst nicht frei ist. Und die Antisemiten sind die Letzten, die einen solchen Vorwurf erheben können. Ich erinnere an das Schicksal, das der Abg. Zimmermann gehabt hat, dem bekanntlich in Bezug auf seine literarische Thätigkeit durch gerichtliches Erkenntniß (sehr gut, links) attestirt worden ist, daß er sich unlauteeren Motive und der Doppelzüngigkeit bedient habe (Hört! hört! links), sich also Mittel zu Muth gemacht habe, die doch zweifellos zu dem unlauteeren Wettbewerb gerechnet werden müssen. Unfere Stellung zu den Anträgen ist nicht von persönlicher Sympathie oder Antipathie gegen die Juden diktiert. Ich gebe ohne Weiteres zu, das verlorste Gesicht nach irgend einer Richtung hin haben dazu führen können, sich der antisemitischen Bewegung anzuschließen; es wird ja selbst von den Juden zugegeben, daß es unter ihnen Mißstände und Mangelerscheinungen giebt. Ich gebe auch zu, daß die Juden selbst mit großer Wichtigkeit dazu beitragen könnten das Vorurtheil gegen sie nicht mehr zu bestärken, als es geschieht. Bei der Verurtheilung der Juden muß man aber doch das Menschenmaterial selbst und die Entwicklung, aus der die Verhältnisse hervorgegangen sind, berücksichtigen. Man hat die Juden auf gewisse Beschäftigungen beschränkt und so den Geschäftssinn besonders ausgebildet. Die Anträge sind der erste Schritt zur Aufhebung des Grundgesetzes von der völligen Gleichberechtigung der Juden in unserem Kulturstaat. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich um den ersten Schritt, der durch das Zusammengehen der Konservativen mit den Antisemiten den Bundesregierung möglichst leicht und bequem gemacht werden soll. Aber ihr Schutzheliger, Fürst Bismarck, hat doch noch auf dem 1878er Kongreß die Parität der Juden vertreten. Ausgehend ist für Sie Ihr Juden-Antrag nur ein Mittel zu einem anderen Zweck. Nach Andeutungen der „Krenzzeitung“ scheint es wenigstens, als wollten Sie mit den Juden auch die Polen treffen. Sie wollen ja auch gar nicht die fremde Einwanderung an sich treffen, denn für Ihre Güter im Osten wollen Sie „fremde“ Arbeiter haben. Wenn Ihre Güter durch die Sanftmuthigkeit von deutschen Arbeitern entleert sind, dann sind Ihnen auch jüdisch-polnische Arbeiter als Ersatz ganz angemessen. In Wehlenburg wollte man ja auch einmal eine Kolonie jüdischer Kulis gründen. (Weiterkeit.) Bei Ihrem Antrage sind Sie wohl auch mehr dem Zwange gefolgt, der von außen her auf Sie eingewirkt hat, als Ihrem eigenen Antriebe. Seit der Thivolversammlung kennt man ja diesen Druck von außen. Sie fürchten, daß Ihnen sonst der Antisemitismus über den Kopf wächst. Beziehungsdaruf waren ja manche Aeußerungen in der Versammlung des Bundes der Landwirthe. Da wurde ja schon die „Foh“ als Judenblatt bezeichnet. (Weiterkeit.) Auf: Bravo, rechts.) Der Antisemitismus tritt Ihnen (rechts) ja auch wirtschaftlich schon manchmal entgegen. Und das ist Ihnen unbequem. Sie wollen mit Ihren Anträgen nicht das jüdische Kapital noch das Großkapital treffen; sie wollen damit nur den Aeußerungen Unzufriedener im Bauern- und Handwerkerstand begegnen. Für uns als Sozialdemokraten handelt es sich hierbei weder um eine religiöse noch um eine Racenfrage. Wir betrachten Ihre Anträge nur als ein letztes Auskunftsmitel, sich populär zu machen. Sie machen dabei einen Unterschied zwischen Großkapital überhaupt und jüdischem Kapital, denn Sie vertreten trotz Ihres Antisemitismus nur die Interessen des Großkapitals. Der Antisemitismus wird kein helfender Faktor für wirtschaftliche Besserstellung der Schwachen sein, dazu ist nichts Anderes im Stande als die gründliche, d. h. sozialistische Aenderung und Umgestaltung unserer wirtschaftlichen und Produktionsverhältnisse. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sachse (A.): Die Ausführungen des Vordredners haben so recht gezeigt, daß die Sozialdemokratie die wahre Vertreterin des internationalen Judenthums ist. (Lachen links.) Herr Vogt wollte Unfrieden stiften zwischen den Parteien auf der rechten Seite. In gewissem Sinne muß jeder gute Deutsche Antisemit sein. Wir Sachsen (Große Weiterkeit), die Redner durch seinen ausgeprochen sächsischen Dialekt verursacht haben dafür gesorgt, daß die jüdischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es existirt dort das Schächterverbot, kein jüdischer Richter darf einem Christen den Eid abnehmen. In Preußen sei das anders, in Berlin werde der Christ bald nur noch geußet sein. Er werde beiden Anträgen zustimmen, die sich ja mittelbar auch gegen die internationale Sozialdemokratie richteten. (Beifall rechts, Lachen links.)

Paasche (A.) erklärt Namens seiner Partei, daß diese gegen jede Ausnahmeseßgebung gegen andere Volkstämme sei. Es gäbe viele Schäden in unserem privaten und geschäftlichen Leben, die zu typischen Erscheinungen geworden seien, aber es sei doch übertrieben, allein die Juden dafür verantwortlich zu machen. Hierauf wird die Debatte vertagt; es folgen persönliche Bemerkungen des Abgg. Zimmermann und Vogt. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Marine-Stat. Schluß 5 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland. Eine neue Partei in Sicht! Nach dem Muster des Bundes der Landwirthe wollen die Berliner Innungen eine große Partei des Mittelstandes bilden. Am 1. März

Soll zu diesem Zweck eine große Versammlung in Berlin stattfinden. Wir wünschen den Pöppelbrüdern viel Glück — zum Begräbnis der neuen Partei!

Der „Freie Landesbote“ in München, ein Blatt volksparteilicher Richtung, wurde wegen eines Gedichtes über den deutschen Kaiser und die Umsturzvorlage beschlagnahmt!

Zum Zuckersteuergesetz ist der Antrag Baasche am Dienstag im Reichstage eingebracht worden. Derselbe trägt die Unterschriften von Konservativen, Mitgliedern des Zentrums, 40 Nationalliberalen, den Polen und den Antisemiten.

Die Reichstagsersatzwahl in Eisenach ist nunmehr auf den 4. April verschoben worden.

Das läßt etwas tief blicken! Kürzlich war mitgeteilt worden, daß ein Arbeiter von der Gothaer Strafkammer auf Grund des § 112 des St.-G.-B. zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, weil er seinem beim Militär dienenden Vetter im Garnison-Lazareth einige sozialdemokratische Blätter mitgebracht hatte. Das Gothaer „Volksblatt“ hatte sich nun an den Arbeiter, der jetzt seine Strafe verbüßt, mit dem Ersuchen um Mittheilung des Urtheils gewendet, um die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Stand zu setzen, die Behauptung des Staatssekretärs Nieberding, „unter dem jetzigen Gesetz werde wohl der Soldat bestraft, der sozialistische oder anarchistische Schriften annehme, nicht aber derjenige, welcher sie ihm gebe,“ zu widerlegen. Wie das „Volksblatt“ nun mittheilt, ist dem Verurtheilten die Ausfertigung des Urtheils verweigert worden.

Noch eine Nachwahl ist durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl Dr. König's, des Abgeordneten für Mittel- und Hochsauer-Walddorfen erforderlich geworden. In der letzten Hauptwahl erhielt der Kandidat der Reichspartei 6155, der fortschrittliche Kandidat 1012, der des Zentrums 368, der Sozialdemokrat 2728, der Antisemit 3835 Stimmen.

Der Jesuit Graf Paul Hoenbroech soll, wie nach der „Köln. Ztg.“ von gut unterrichteter Seite behauptet wird, nächstens entsprechend seinem Studiengange und einem schon vor dem Rücktritt des Grafen Caprivi bei diesem gestellten Gesuche in den diplomatischen Dienst übernommen werden.

Von dem Gottesdienungs- und Anstaltsverordnungsparagrafen des Zentrums glaubt die „Nordd. Allg. Ztg.“ versichern zu können, daß die verbündeten Regierungen ihm nicht zustimmen werden. Augenblicklich tritt diese Behauptung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ auf, um den immer stärker anschwellenden Widerstand gegen die Umsturzvorlage auch in den Kreisen von „Bildung und Verstand“ zu beschwichtigen. Selbstverständlich hat die Beschwichtigungsnote der „Norddeutschen“ gar keinen Werth. Außerdem, selbst wenn der Zentrumsantrag unter den Tisch fielen, bleibt die Vorlage doch noch so, daß sie jeder unabhängige Mensch verwerfen muß.

Ist Tabak ein Luxusartikel? Der bekannte Militärschriftsteller Hoenig schreibt in seinem bekannten Buch „Der Volkskrieg an der Loire 1870“, I. Band, Seite 78 u. A.: „Eigentlichen Mangel hat die 2. Armee aus ihrem ganzen Marsche nicht gelitten, jedoch gebrach es, seitdem die Klube erreicht war, durchweg an Tabak. Es ist eigenthümlich, wie niederdrückend das auf das Gemüth des Mannes wirkte: man sah keine fröhliche, singende Marschkolonnen mehr; die Mannschaften versuchte sogar den Kaffeesatz zu rauchen. Sobald die Mannschaften wieder rauchte, begegnete man überall fröhlichen, singenden Marschkolonnen.“

Zur Tabaksteuervorlage schreibt die „Westf. Volksz.“ Fusangel's: „Die Tabaksteuervorlage muß nach wie vor als aussichtslos bezeichnet werden. (?) Es ist allerdings richtig — und wir bedauern dies sehr — daß ein kleiner (?) Theil des Zentrums unter der Führung des Abg. Dr. Schädlers im Interesse der einzelstaatlichen (speziell bayerischen) Finanzen der Vorlage freundlich gegenübersteht. Die Gruppe wird aber nur auf etwa 20 Mitglieder veranschlagt, und es gehören nicht einmal alle Bayern zu ihr. In parlamentarischen Kreisen wurde folgende Rechnung auf Grund privater Erkundigungen und der Verhandlungen im Plenum aufgestellt: Gegen die Vorlage werden stimmen: 14—19 Konservative, 15 Antisemiten, circa 80 vom Zentrum, 19 Polen, circa 16 Nationalliberale, 48 Freisinnige und Volksparteiler, 46 Sozialdemokraten, ? Wilde. — Zusammen 232—237, also 33 bis 38 über die absolute Mehrheit.“

Gegen die Tabaksteuervorlage haben unsere Berliner Parteigenossen auf heute, Donnerstag, abermals 8 Protestversammlungen einberufen.

Ueber das Verhalten des Zentrums der Tabaksteuervorlage gegenüber giebt eine Korrespondenz der „Köln. Volksztg.“ Aufschluß, soweit sich noch nicht Jeder selbst ein Urtheil gebildet hat. Es heißt dort: „Daß die Vorlage ganz abgelehnt werde, gilt nicht als wahrscheinlich. Bestimmungen, wie die über Erhöhung des Zolles auf ausländische Tabakfabrikate, für die das Zentrum eintritt, dürften eine Mehrheit finden und man glaubt nicht, daß die Regierung irgend eine Einnahmevermehrung, die ihr angeboten wird, verschmähen wird. Die ganze Vorlage hat dagegen keine Aussicht. Die Stimmen, die ihr etwa vom Zentrum zufallen würden, würden mehr als aufgewogen werden durch die konservativen und nationalliberalen Stimmen, die dagegen sind.“

Mit schneidigem Eifer war bekanntlich dieser Tage die „Kreuzztg.“ für die Biersteuer eingetreten. Sie

schloß den betreffenden Artikel mit dem einfachen Diktum: „Die vernünftigste Steuer ist die Biersteuer“. Das Hauptorgan der mit den Konservativen so häufig zusammengehenden Antisemiten, die Dresdener „Deutsche Wacht“ macht zu diesem Artikel folgende kameradschaftliche Glossen: „Die vernünftigste und ergiebigste Steuer wäre eine auf die politischen Dummheiten der konservativen Partei.“ — Dieses Urtheil aus Kennermunde ist wirklich grausam.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest. Im Palais des Ministerpräsidenten fand eine zweite Konferenz über die Lage der Landwirtschaft statt. Es wurde dabei behauptet, daß eine „eigentliche Nothlage“ in der ungarischen Tiefenebene nicht bestehe, doch sei auf das erschreckende Anwachsen der Sozialdemokratie durch ein Memorandum an die Regierung hinzuweisen. — Eine größere Unverfrorenheit ist nicht denkbar. Der Hunger geht um im Tieflande, die Gemeindeverwaltungen bitten um Hülfe, die Noth ist furchtbar, und die Regierung sieht keinen „eigentlichen Nothstand“, zittert aber vor dem Anwachsen der Sozialdemokratie. Verblendung und Schamlosigkeit!

Italien.

Herrn Crispi scheint die Rückkehr des Herrn Giolitti gar nicht so angenehm zu sein. Die Anklagesache gegen den Letzteren hat bereits einen die ganze Affäre kennzeichnenden Zwischenfall aufzuweisen. Frau Lina Crispi hat ihre Privatklage wegen der berühmten 102 Briefe, die sie und ihren Hausmeister betrafen, zurückgezogen. Wiederholt wird in allen oppositionellen und radikalen Blättern auf das „reservino“ (den kleinen Hinterhalt und Nest von Dokumenten) hingewiesen, das Giolitti besitzt, und das mit Crispi zugleich den König Umberto und den Kronprinzen nahe angeht.

Wie die italienischen Blätter melden, beschloß die Anklagebehörde, entweichend dem Antrage der Verteidiger im Prozesse gegen den wegen Hinterziehung von Schriftstücken der Banca Romana Verwickelten, die Voruntersuchung weiter auszudehnen und auch Giolitti vorzuladen. Und das ist gut. Da dürfte noch Manches an's Tageslicht kommen, was weder Crispi noch seinem Herrn angenehm ist. Wenn es Giolitti selbst an den Kraken geist, wird er um so weniger Rücksicht üben, als Crispi es offenbar auf seine Vernichtung abgesehen hatte.

Lübeck und Umgegend.

28. Februar.

Generalanzeigerliche Anständigkeit. Wir hatten dieser Tage an die Ehrlichkeit des Generalbambum appellirt und ihn höflichst erucht, eine seiner gebrachten Notizen — „Vorwärts“ und anarchistische Schriften — richtig zu stellen, um nicht die Geschäfte der Nieberding und Genossen zu betreiben. Wir haben uns geirrt und den „General-Anzeiger“ noch für viel zu anständig gehalten, als er in Wirklichkeit ist. Andere Blätter, die ebenfalls unbedenklich der offiziös-verlogenen Depesche Aufnahme gewährt hatten, haben sich sofort bereit gefunden, die Thatfachen zu berichtigen. Anders „Tobias Stillvergüht“ von der Königstraße, der sich in den Mantel des Schweigens hüllt. Wir haben bisher noch nicht verlangt, daß der „General-Anzeiger“ die reaktionären Bestrebungen bekämpfen solle; das wäre zu viel gefordert von einem — „General-Anzeiger“! Man kann auch von einem Egel nicht verlangen, daß er Ballet tanzen soll! Nur das Eine forderten wir, daß der „General-Anzeiger“ der Wahrheit die Ehre geben sollte — und das hat er bisher nicht gethan! Das ist aber geradezu beschämend und sollte Jedem, der noch nicht allen Sinn für den Kampf gegen die Knebelung der öffentlichen Meinung verloren hat, veranlassen, diese staatsretterische That des „General-Anzeigers“ weitesten Kreisen bekannt zu geben! Wer den Nieberding und Köller wesentlich Vorspanndienste leistet, gehört mit den Stumm und Konsorten in einen Sack und hat keinen Anspruch auf „Unparteilichkeit“!

Ueber die Aufbewahrung der Ausgaben über die Invaliditäts- und Altersversicherung der Seeleute entnehmen wir dem Geschäftsbericht der Geschäftsstelle folgendes: Die Herstellung der Zählkarten für angemusterte Seeleute ist soweit durchgeführt worden, als die Prüfung der Beiträge für die Jahre 1891 und 1892 endgültig erfolgen konnte. Die Zahl der bis jetzt ausgeschrieben Zählkarten beträgt rund 150 000; mehrere Zählkarten für ein und denselben Versicherten, werden durch eine Hülle vereinigt, welche den Namen des Betreffenden frei läßt, so daß die Einordnung in alphabetischer Reihenfolge leicht erfolgen kann. Die Verwaltungskosten der Geschäftsstelle haben nach Ausweis des Abschusses für 1893 12 869,52 Mark betragen und demnach gegen 1892 mit 11 935,39 Mark eine geringe Steigerung erfahren. Auf den Kopf der 36 111 Personen, welche durchschnittlich angemustert waren — die Zahl der überhaupt versicherte Personen war naturgemäß erheblich größer — entfallen an Verwaltungskosten 55,64 Mark und auf je 100 Mark der erhobenen Beiträge 3,60 Mark, während diese Ziffern sich für 1892 nur auf 31,45 Mark bzw. 3,16 Mark stellten. Um diese Erhöhung richtig zu beurtheilen, ist hervorzuheben, so heißt es im Bericht, daß die Zahl der Versicherten in den bisherigen Geschäftsjahren nicht unerheblich zurückgegangen ist, die Verwaltungskosten aber steigen, je geringer die Zahl der betheiligten Personen ist.

Steuereinschätzungscommission. Am 23. d. M. hat der Senat an Stelle des ausgeschiedenen H. P. F. Ewers zum bürgerlichen Deputirten bei der Steuereinschätzungscommission für die Vorstadt St. Lorenz Friedrich Heintz David Freitag erwählt.

Eine Heberfrist der in der Stadt Lübeck Anfang Dezember 1894 leer stehenden Wohnungen wird heute vom Statistischen Amte im Amtsblatte veröffentlicht. Wir werden ausführlich auf diese Statistik zurückkommen.

Ein Grund zur Abweisung blieb über. Mit seinem Antrag auf Bewilligung einer Altersrente wurde der Gelegenheitsarbeiter S. von dem Vorstand der Hanseatischen Versicherungsanstalt zu Lübeck abgewiesen. In dem Ablehnungsbescheid wird u. A. ausgeführt: Wer die Gewährung einer Altersrente beansprucht, hat nach § 157 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zunächst den Nachweis zu liefern, daß er während der Jahre 1888, 1889 und 1890 insgesammt mindestens 131 Wochen hindurch in einem die Versicherungspflicht begründenden Arbeitsverhältnis gestanden hat. Dieser Nachweis ist aber nicht erbracht worden. Aber auch abgesehen hiervon kommt in Betracht, daß die vom Gesetz vorgeschriebene verminderte Wartezeit für die Altersrente nicht zurückgelegt worden ist. Gemäß § 157 des Gesetzes beziehungsweise Artikel 1 des Nachtrags vom 8. Juni 1891 vermindert sich, beim Vorhandensein der sonstigen Voraussetzungen des Rentenanspruchs, die Wartezeit für die Altersrente um so viele Beitragsjahre und überschneidende Beitragswochen, als das Lebensalter des Versicherten am 1. Januar 1891 an Jahren und vollen Wochen das vollendete 40. Lebensjahr überstiegen hat. Da der Antragsteller am 3. November 1824 geboren ist, so vermindert sich die Wartezeit um 26 Jahre 8 Wochen. Die Leittungskarte I weist 47 Beitragswochen auf, während 8 Krankheitswochen als Beitragszeit in Anrechnung zu bringen sind. Es fehlen somit 125 Beitragswochen an der Vollendung der Wartezeit. Die gegen diesen Bescheid eingelegte Berufung verwarf das Schiedsgericht als völlig unbegründet und führte in der Entscheidung als Abweisungsgründe u. A. an: Im Termin gab der Berufende eine Arbeitsbescheinigung zur Acte, laut welcher derselbe bei den Quartiersleuten Kuhlmann u. Cons. vom 15. Oktober 1887 bis Ende Dezember 1890 in Arbeit gestanden hat. Mit Bezug auf diese Bescheinigung mußte er auf gerichtsfälligen Vorhalt zugeben, daß er nicht regelmäßig in dem vorbezeichneten Geschäft gearbeitet habe. Meistentheils habe er während des aus der Bescheinigung ersichtlichen Zeitraumes daselbst gearbeitet. Selbst wenn man den Nachweis als erbracht ansehen wollte, daß der Berufende innerhalb der Jahre 1888, 1889 und 1890 mindestens 141 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden hat, so mußte der Anspruch auf Altersrente doch, wie in dem Ablehnungsbescheid richtig ausgeführt worden, deshalb als unbegründet zurückgewiesen werden, weil bezüglich 125 Wochen die geforderte Wartezeit nicht erfüllt worden ist. (H. F.)

Abfuhr von Urath und Kchricht. Der Fürsorge des Polizeiamtes wird hiermit die Abfuhr des Urathes aus der Blücherstraße empfohlen. Auf dem noch freien Terrain der rechten Straßenseite, ziemlich dicht an der Wakenitz liegen größere Haufen von Schutt und sonstigem Urath. Für die Anwohner ist das natürlich weder angenehm noch gesund. Wie man uns mittheilt, kommen die Gassenpächter bis jetzt noch nicht nach den dort belegenen Häusern. Die Bewohner wissen daher keinen anderen Rath, als den Urath auf den freien Platz zu schaffen. Hoffentlich sorgt man bald für energische Abhülfe dieses Uebelstandes.

Stadththeater. Sonnabend wird Wildenbruchs „Haubenkerche“ aufgeführt. Wir können den Besuch dieser Vorstellung nur empfehlen.

Frühlingsboten. Allzu früh erblickten sie das Licht der Welt, zwei Maikäfer nämlich, die man uns gestern überbrachte. Die kleinen Thiere wurden in der Nähe der Mollkebrücke von einem Knaben gefunden. Durch den Einfluß der Wärme kam denn auch bald Leben in die anfangs steif erscheinenden Geschöpfe. Lustig krappeln sie jetzt in ihrem Behälter herum.

Einen Unfall erlitt Dienstag ein hier zugereister Gärtner aus Goldenbeck, als er die Herberge verlassen wollte. In Folge der Glätte stolperte er und brach ein Bein. Nachdem ihm vom Polizeiarzt ein Nothverband angelegt war, wurde er nach dem Allgemeinen Krankenhaus geschafft.

Um sein Handwerkzeug, als: Armsäge, Hobel, 2 Zangen und ein Packet Nägel ist ein Zimmermann gekommen. Sämmtliche Sachen wurden aus einer in der Roedstraße an der Wakenitz stehenden Bretterbude entwendet.

Gestohlen wurden einem Forstarbeiter in der Zeit vom Sonnabend bis zum Montag aus dem Forstorte Schmerin vier eiserne Keile.

Einer Unterschlagung hat sich ein Gärtnerknecht aus Schönbüken schuldig gemacht. Er wurde am Dienstag voriger Woche von seinem Arbeitgeber beauftragt 5,75 Mk. an einen Zimmermeister in Stockelsdorf abzuliefern. Der Knecht jedoch lieferte weder das Geld ab, noch kehrte er überhaupt zurück. Dienstag Nachmittag traf ihn nun sein Dienstherr zufällig in der Gr. Burgstraße und veranlaßte seine Festnahme.

Aus Travemünde telegraphirte gestern Vootskommandeur Kröger: Der frische Westwind hat heute das Eis in der Richtung Grömnitz, Kl. Klitz aufgebrochen.

und seewärts geführt. Das vom Hafen bis zum offenen Wasser sich erstreckende Eis steht zur Zeit noch fest.

Neumünster. Richtigung von Zwergen. Aus Oesterreich ist in deutsche Blätter die Meldung übergegangen, daß in Pardubitz (Böhmen) ein gewisser Johann Prohaska verhaftet worden sei, welcher gestand, daß er Kinder ankaufe und an einen gewissen Ritter in Neumünster (Hollstein) liefere, welche Firma die Kinder durch eine eigene Ernährungsmethode in Diskipulaner verwandle und für ein Kind 200 fl. und 50 fl. Vermittlungsgebühr zahle. — Die Meldung erscheint doch etwas sehr — sensationell. Ob überhaupt in Neumünster ein Ritter existirt, dem ähnliche „Geschäfte“ zugutrauten sind, bleibt noch zu ermitteln. Allerdings ist ja bekannt, daß von Böhmen her ein ergiebiger Menschenhandel, hauptsächlich nach Hamburg, betrieben wird. Hierbei handelt es sich aber um Mädchen, welche für die Bordelle geliefert werden. Möglich ist ja, daß nebenbei auch „Geschäfte in Kindern“ gemacht werden. Jedenfalls bedarf die Sache der Untersuchung.

Kiel. Trotz der großen Arbeitslosigkeit, die unbestreitbar an allen größeren Industriezentren herrscht, suchen die Unternehmer, falls sie Arbeitskräfte nöthig haben, diese aus den Provinzen heranzuziehen, aus Gegenden, deren Bewohner als bedürfnisloser bekannt sind. So handelte auch die Germania werft in Kiel, als sie Schiffbauer benötigte. Gegen 50 Mann, so theilt die „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“ mit, kamen dieser Tage in Kiel an, um in genannter Werft in Arbeit zu treten. Sie waren durch Inserat in Stettin angeworben, hunderte von Kieler Arbeitern aber stehen seit Wochen täglich vor den Thoren der Werft unter ihnen die geübtesten Schiffsbauer, um Arbeit zu erhalten.

Meldorf. Eine schwere Sünde hat — nach bürgerlichen Blättern — ein hiesiger Pastor auf sich geladen. Wir lesen: „Nicht geringes Aufsehen und gerechte Verstimmung erregt es in Meldorf, daß einem Pastor, welcher sich in kurzer Zeit die allgemeinste Liebe und Verehrung seiner Gemeinde zu erwerben verstand, der, wenn er predigte, stets auf ein gut gefülltes Gotteshaus sehen konnte, für sechs Wochen das Betreten der Kanzel untersagt ist, weil — nun weil er die schwere Sünde begangen, in einem geschlossenen Klub an einem Abend

am Kegeln theilzunehmen. So geschehen im Jahre des Heils 1895!“ — Zu verwundern ist die Maßregelung des Pastors nicht, wenn man täglich sieht, wie der Einfluß der Orthodoxie und damit ihre Unbulsamkeit wächst. —

— **Olbesloe.** Der am Uhrendiebstahl Betheiligten scheint man jetzt habhaft werden zu sollen. Wenigstens wird bekannt, daß in Lübeck eine Person verhaftet wurde, welche versuchte, eine der gestohlenen Uhren zu verkaufen. Des Weiteren soll in Hamburg (St. Pauli) ebenfalls Jemand verhaftet sein, der im Begriff war, 15 der gestohlenen Uhren zu verkaufen.

Hamburg. Der hiesige Arzt Samuelson, 28 Jahre alt, wegen Sittenverbrechens verhaftet, erschloß sich im Gefängniß. — So melden bürgerliche Blätter. Uns erscheint es seltsam, daß ein Untersuchungsgefangener noch im Besitze eines Revolvers sein kann. Man untersucht doch sonst auf das Genaueste, oder giebt's Ausnahmen?

Altona. Als ein äußerst aufgeregter Mensch erwies sich vor dem Schöffengericht ein Soldat der Heisarmee, der sich wegen Betrübels zu verantworten hatte. Als ihm seine vielen Vorstrafen wegen Diebstahls und anderer Straftaten vorgehalten wurden, meinte er: „Daß war früher. Ich bin ein bekehrter Sünder; meine Sünden sind mir vergeben worden. Jetzt führe ich einen anderen Lebenswandel und bin ein Jünger Jesu geworden.“ Befragt, ob er gebettet hätte, erklärte er: „Ich bin von Gott gesandt und habe mich in die Wohnungen begeben, um mit den Leuten über das Heil in Jesu Christo zu reden.“ Ein Polizeibeamter erklärte aber, daß die betreffenden Leute ihm gesagt hätten, der Angeklagte habe bei ihnen gebettet. Jetzt wurde Letzterer furchtbar aufgeregt, schlug mit der Faust auf den Richtertisch, schrie, daß er für Gott arbeite, und wenn der ihn bestrafe, so nehme er die Strafe an. „Sie (zum Gericht gewendet) können mich nicht bestrafen.“ Unter solchen Umständen war nicht weiter mit dem Jünger Jesu zu verhandeln. Er wurde zunächst wegen Ungebühr vor Gericht auf 3 Tage in Nummer Sicher gebracht.

Glückrow. Spuk. Aus Dargun wird der „Nordb. Post“ geschrieben, daß es mit der Spukerei in Dörgelin seine Nichtigkeit habe. Der Urheber wäre ein Knecht, der das Spuken durch das Lesen in einem Erbbuche hervorbrachte. Das wird ja immer erbaulicher. (!)

Sprechsaal.

(Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung.)

(Eingefandt.)

Zimmerer, aufgepaßt! Der Zimmermeister Stammer, Kahlhorststraße, versucht den mit der Meisterschaft vereinbarten Tarif zu durchbrechen. Während sonst ein Stundenlohn von 45 Pfg. ausgemacht ist, bot Herr Stammer einem Arbeitssuchenden nur 40 Pfg. Der Betreffende hat dankend abgelehnt und auf Einstellung in die Arbeit verzichtet, weil er nicht zum Lohnrücker werden wollte. Und das mit Recht, denn wozu sind Tarife da, wenn dieselben nicht innegehalten werden? Ob Herr Stammer durch Abzug an Arbeitslöhnen einzubringen gedenkt, was er an der Ausstellungs-Planke zu wenig geboten hat? Ich weiß es nicht. Ich hielt es nur für meine Pflicht, auf den Fall Stammer aufmerksam zu machen, um die Kameraden nochmals an die Innehaltung des Tarifs zu erinnern. xyz.

Briefkasten.

Wilhelmshöhe. Im offiziellen Protokoll der Bürgerchaft (1895 Nr. 1) heißt es hierüber: „Hiernach wird vorgeschlagen, in die Vorortsgrenzen zur Zeit die nachgenannten Theile der umliegenden Landgemeinden einzubeziehen: Gemeinde Borwerk. Der Wilhelmshöhe und Trems umfassende Bezirk der östlich von der Trave, nördlich von der Feldmark der Gemeinde Schwartau und dem Dorfe Borwerk westlich zumeist von dem Fußwege nach Cleve begrenzt wird.“ Die Bürgerchaft hat diesem Beschlusse die Mitgenehmigung ertheilt.

Lübecker Getreidepreise.

27. Februar.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund:

Weizen	11 Mt. 50 Pf. bis 12 Mt. 70 Pf.
Roggen	11 " " " 11 " 50 "
Gerste	10 " " " 11 " 50 "
Hafer	10 " 50 " " 11 " 50 "
Erbsen	11 " 50 " " 12 " " "
Gelbe Kichererbsen	16 " " " 17 " " "
Grüne	16 " " " 17 " " "

Witterungs-Bericht.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,71 R., mäßig, 2" Kälte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Bernh. Amter,

Königstraße 116,

Petroleum-Kochöfen
neuester Systeme von 2 bis 6 Ft. mit 1, 2 und 3 Kochstellen, von 2,50 Mt. an.



nahe der Mühlenstraße.
Billigstes Emaille-Haushalts-Waaren-Geschäft.

Korb- u. Holzwaaren, Messer u. Gebeln,
à Paar von 20 Pfg. an.

Empfehle als sehr billig:
Email. Kochtöpfe von 20 Pf. an.
Thekeffeln 70 " "
Caffee- u. Thekannen 35 " "
Wassereimer, große 1,00 Mt.

Ferner sehr billig:
Milchbüchse, Waschaalen, Wannen, Zeller, Lappen, Becher, Nachtgeschirre, Waschgesehirre u. s. w.
Zinkwaaren sehr billig. Eimer v. 40 Pf. an.

Nur noch bis 25. März
danert der
Ausverkauf
in Messerwaaren
bei
Tesschan, Breitestr. 24

Einem hochverehrten Publikum zur Anzeige, daß ich am Donnerstag den 28. Febr. in meinem Hause Dornstraße 40, Ecke Emilienstraße, eine

Schänkwirtschaft

eröffnen werde. Reelle und prompte Bedienung zusichernd, erlaube ich zu recht zahlreichen Besuche ganz ergebenst einzuladen.

Hochachtungsvoll **Otto Schilling.**

Ton-Halle.

Freitag den 1. März 1895:

Grosses Concert

von der neu engagierten Damen-Kapelle „Isar“ (10 Damen und kein Mann).
Anfang 7 Uhr. Eintritt frei.
Sowie jeden Sonnabend und Mittwoch von 11—1 Uhr:
Frühschoppen-Concert.

Um geneigten Zuspruch bittet **C. Stapelfeldt.**

O Aegir, Herr der Fluten

Zeit-Couplet von B. Strazlewiz mit leichter Clavierbegleitung. (Porto 5 Pf.)
60 Pfg.

eben neu erschienen. Ferner neu: Die gottlose Zeit. Die zehn Gebote. Fortschritt unserer Zeit, Couplets à 75 Pf. Die soziale Frage, Duett 80 Pf. (Porto à 5 Pf.).
A. Hofmann's Verlag
(früher Zeit & Pankow)
Berlin O 27, Kraussstraße 38 a.

Empfehle den Bewohnern von Wilhelmshöhe und Umgegend meine

Fein- u. Grobbäckerei sowie Conditorei.

Jede kleine Bestellung wird mit der größten Sorgfalt ausgeführt. Achtungsvoll

Th. Vogt, Bäckermeister
Wilhelmshöhe, Schwartauer Chaussee 27.

Beste frische Butter, Pfd. 100 u. 90 Pfg.
Beste Margarine, Pfd. 70 Pf., 2 Pfd. 1,35 Mt., zweite Sorte Pfd. 65 Pf., 2 Pfd. 1,25.
Geräuch. Landmettwurst, Pfd. 80 u. 100 Pf.
Fetten hief. Speck, Pfd. 70 Pf., durchwachsen Pfd. 65 u. 75 Pf. Gesalz. amerik. Schinkenfleisch, Pfd. 45 Pf. Landleberwurst, Pfd. 80 Pf., Griebenschmalz, Pfd. 60 Pf., empfiehlt **J. F. D. Götte, Kupf. schmiedestr. 7.**

Schöne Holländerbutter

wöchentlich frisch geliefert, à Pfd. 95 Pf.
Th. Storm, Butterhandlung,
Königstraße 98.

Quittungs-Marken für Vereine u. Krankenkassen u. jeder Art, gut gummiert, werden gut und billig angefertigt bei **L. Schmidt, Buch- und Steindruckerei, Lübeck, Schüsselbuden 4.**

Durch Zufall: Einen Posten prima geräuch. Mettwurst, pro Pfund 1 Mark, bei Abnahme mehrerer Pfunde billiger.
C. F. Leukefeld, Gr. Gröpelgrube 10.

Prima Magnum-bonum-Kartoffeln

empfehlen **W. Scharfenberg, Al. Klefau 8.**

Durch feste Abschlüsse mehrerer Höfe liefere

feinste Hofbutter

per Pfund 1 Mt.
C. Krapp, Wahrenstraße 6,
Butterhandlung en gros & en detail.

In unserer Expedition ist zu haben:

Bilderbuch

für grosse und kleine Kinder.
Ausgabe 1894.
Preis 75 Pfennig.
Als Geschenk besonders zu empfehlen.

Grüne Weidenföhrbe

Stück 30 bis 60 Pfg., sind billig zu verkaufen.
Finkenstraße 3.

Zu verkaufen per Zufall 2 neue kompl. einjäh. Betten, Halbdaunen, à 34 Mt., u. 1 Canarienhahn sehr billig.
Langer Lohberg 1.

Ein gut erhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen.
Steinraderweg 7 b.

Eine fast neue Scheidenstiebtarre Fortzugs halber billig zu verkaufen.
Mittelstraße 13.

Ein Kinderfahrgewagen zu verkaufen.
Kahlhorststraße 47 a, 1. Et.

Ein einjäh. Bett zu 14 Mt. u. ein zweijäh. billig zu verk.
Hitzstraße 90, I. L.

Gesucht zu sofort junge Mädchen

3. grdl. Erlernung d. Damenschneiderei
Frau A. Freytag, Untertrave 23.

Gesucht eine ordentliche Frau von 9 bis 11 1/2 Uhr zum Brodtragen in Wochenlohn.
Gr. Gröpelgrube 22/10.

Zu sofort zu vermieten eine Wohnung (100 Mt.) und 3. 1. April 2 Wohnungen zu 160 und 125 Mt.
Dartengrube 22, part.

Zum 1. April eine Parterre-Wohnung zu vermieten.
Nieschauerstraße 114.

Gutes Logis, mit oder ohne Pension,

daselbst Mittagstisch, à 50 Pf.
Kraussstraße 8 Postenthor.

Inserem lieben Schwager **Hinkelmann** zu seinem heutigen Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche.
J. S. E. S.

Inserem Kollegen **W. Mäik** zu seinem heutigen 50. Wiegenfeste ein 99 Mal donnerndes Hoch, daß de ganze Marktstraat wackelt.
Du rah mal, wer dat dahn hett.

Frau **Kieckbusch** zu ihrem heutigen Geburtsstage ein donnerndes Hoch.
Du rah mal, wer dat dahn hett.

Gr. Concert

und Auftreten des
Athleten-Clubs „Gauja“ Lübeck
am Sonntag den 3. März d. Jd.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr,
der Vorstellung 8 Uhr,
wozu freundschaftlich einladet
Hensfeld. G. Sternberg.

Brauerei Zadenburg

Militär-Concert

am Sonntag den 3. März 1895.

Stadttheater in Lübeck.

Freitag den 1. März:
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Ausser Abonnement.
Kein Freitags-Abonnement.
Benefiz für Herrn Magnus-Martins.
Der Vice-Admiral.
Große Operette von C. Milläder.
Sonabend den 2. März:
97. Abonnements-Vorstellung. 1. Serie: Blau-Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Die Haubenlerche.

Der Gummischlauch-Prozess vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 26. Februar 1895.

Vor dem II. Strafsenat des Reichsgerichts kam heute der Berliner Gummischlauch-Prozess in der Revisionsinstanz zur Verhandlung. Den Vorsitz führt der Reichsgerichtspräsident Dr. Löwe, die Reichsanwaltschaft vertritt Reichsanwalt Dr. Galli, Referent ist Reichsgerichtsrath Rauffmann.

Es handelt sich um den bekannten Prozess gegen acht Berliner Redakteure, die das Einschreiten der Berliner Polizei gegen die Arbeitslosen am 18. Januar 1894 in Artikeln ihrer Zeitungen kritisiert hatten. Die Verhandlung fand in erster Instanz vor der Berliner Strafkammer unter Leitung des Landgerichtsdirektors Brausewetter statt und endete mit der Verurtheilung: 1) des Redakteurs des „Sozialdemokrat“, Max Zachau, zu zwei Monaten Gefängnis; 2) des Redakteurs des „Volksblatt für Keltow“, Gustav Kehler, zu 3 Monaten Gefängnis; 3) des Redakteurs der „Berliner Zeitung“, Franz Wisberger, zu 3 Monaten Gefängnis; 4) des Redakteurs des „Berliner Tageblatt“, Sigismund Berl, zu 300 Mk. Geldstrafe; 5) des Redakteurs des „Berliner Tageblatt“, Ernst Grüttesien, zu 500 Mk. Geldstrafe; 6) des Redakteurs der „Sichtstrahlen“, Fr. Harnisch, zu 2 Monaten Gefängnis; 7) des Redakteurs der „Fahrzeitung“, Wilhelm Schütte, zu 150 Mk. Geldstrafe; 8) des Redakteurs des „Vorwärts“, Robert Schmidt, zu 6 Monaten Gefängnis. Sämmtliche Verurtheilte haben Revision eingelegt. Die Sache Schmidt wurde nicht verhandelt, weil gegen ihn als Reichstagsabgeordneten das Strafverfahren vorläufig eingestellt worden ist. Die Angeklagten Zachau und Kehler werden vor dem Reichsgericht durch den Rechtsanwalt Freudenthal-Berlin, der Angeklagte Wisberger durch den Rechtsanwalt Dr. Halle-Berlin vertreten. Der Angeklagte Grüttesien ist persönlich erschienen.

Bemerkt sei noch, daß die Sache in erster Instanz, weil auch Anklage gegen den damals schon verschwundenen Redakteur des „Sozialist“, Adam, erhoben worden war, den Titel Adam und Genossen führte und deshalb vor die I. Strafkammer des Herrn Brausewetter kam, während sie jetzt den Titel Zachau und Genossen erhalten hat.

In dem Urtheil wird allgemein ausgeführt, daß nichts für ein provokatorisches Vorgehen der Polizei spräche, daß erhebliche Verletzungen oder Verwundungen nicht vorgekommen seien, daß die Angriffe auf die Berliner Polizei in den inkriminierten Artikeln also völlig unberechtigt gewesen seien und deshalb eine Verurtheilung habe erfolgen müssen.

Das Urtheil spricht den Verurtheilten die Vortheile des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) ab. Sie hätten nicht als Redakteure, wohl aber als Berliner Bürger ein berechtigtes Interesse vertreten können, wenn sie an einem ihrer Meinung nach unberechtigten Vorgehen der Berliner Polizei Kritik üben, dazu hätte es aber nicht der beleidigenden Worte bedurft, die nur bei Gelegenheit der Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht seien.

Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

So verstrichen neun Jahre, während welcher Zeit Folly gehätschelt, geliebt, gepflegt und geliebt wurde, und wenn man sie gefragt hätte, wer das glücklichste Kind in England sei, würde ihre Antwort unbedingt gelautet haben: „Folly!“ Im Januar des Jahres 1863 jedoch griff die harte Hand des Schicksals vernichtend in dieses Glück.

Es gehörte zu den Eigenthümlichkeiten des Bühnenlebens, daß Tom und Marie ziemlich abergläubisch waren, und diesem Umstand, war es zuzuschreiben, daß das Ehepaar das Errichten eines Testaments von Tag zu Tag hinausshob; denn beide hegten die Befürchtung, daß der Tod diesem wichtigen Act auf dem Fuße nachfolgen werde. Allmählich jedoch gelangte Marie zu der Einsicht, daß es Pflicht sei, Follys Zukunft durch eine letztwillige Verfügung zu sichern; denn wenn sie beide ohne eine solche starben, so fiel das Vermögen an Toms Bruder, und das durfte nicht sein. So suchte denn Marie den Gatten zu ihrer Auffassung zu bekehren, und wirklich erwies sich die Liebe zu Folly stärker als der langgenährte Aberglaube. Tom schrieb an einen Advokaten in London und erhielt von diesem die Aufforderung, sich gleich nach Neujahr bei ihm einzufinden. Marie sollte den Gatten auf dessen Wunsch begleiten. Folly, welche bisher bei jeder Fahrt nach London mitgenommen worden war, war höchlich betroffen, daß sie diesmal daheim bleiben sollte, denn London war für sie gleichbedeutend mit dem Besuch dieses oder jenes Theaters.

Die Revisionschriften für Zachau und Kehler durch die Rechtsanwälte Freudenthal und Herzfeld rügen formale Verstöße bei der Vereidigung einiger Zeugen, sie rügen namentlich die nochmalige Vernehmung des Polizeihauptmanns Feist, nachdem die Beweisaufnahme bereits geschlossen war und die Verteidiger schon das Wort gehabt hatten, es aber nach der Vernehmung des Feist nicht mehr bekommen haben. Im Protokoll stehe zwar das Gegentheil, eine Verichtigung und eine Beschwerde gegen die verweigernde Verichtigung des Protokolls seien eingereicht worden. Es wird in den Revisionschriften auch mehrfach auf den vom Reichstagsstenographen Grunewald stenographisch aufgenommenen Bericht verwiesen. Dieser Bericht wird aber von dem Referenten nur ein „sogenannter stenographischer Bericht“ genannt.

Die Verlesung der Antwort des Direktors Brausewetter auf die Beschwerde der Verteidiger gegen das Prozessprotokoll ergibt, daß Herr Brausewetter alle die Beschränkungen in der Verteidigung der Angeklagten, welche von den verteidigenden Rechtsanwälten behauptet wurden, bestreitet, daß schließlich auch diese Beschwerden vom Kammergericht als unbegründet zurückgewiesen worden sind.

Die Revision des Angeklagten Wisberger rügt ebenfalls mehrere formale Verstöße bei der Vereidigung der Zeugen, sieht dann noch eine Beschränkung der Verteidigung in der Ablehnung des Antrages auf Verlesung eines Artikels der „Kölnischen Zeitung“, der das Vorgehen der Berliner Polizei weit schärfer angreift, als es die „Berliner Zeitung“ gethan hatte, ohne daß der Polizeipräsident Strafantrag gestellt habe, obwohl ihm der Inhalt des Artikels bekannt gewesen sein dürfte.

Sie rügt ferner, daß, obwohl der Polizeipräsident gegen Wisberger keinen Strafantrag in eigenem Namen gestellt, der Eröffnungsbeschluß doch auch auf Verlesung des Polizeipräsidenten lautet und keine Einstellung des Verfahrens erfolgt ist, während andererseits auch alle Stellen der Artikel, die nur den Polizeipräsidenten betreffen, zu Ungunsten des Angeklagten verlesen worden sind.

Die Verlesung der inkriminierten Artikel, des Urtheils und der Revisionschriften dauerte beinahe zwei Stunden.

Rechtsanwalt Freudenthal: Die prozessualen Mängel müßten seiner Ansicht nach zur Aufhebung des Urtheiles führen. Bei der Vereidigung des Zeugen Brandt, als Hauptzeugen des anarchistischen Polizeiaagenten, ist aus dem Protokoll nicht ersichtlich, ob er vor seiner Aussage oder nach seiner Aussage vereidigt worden ist. Er macht besonders geltend den Einwand der Verjährung. Seit dem 9. Mai seien mehr als sechs Monate vergangen, ehe eine neue richterliche Handlung zum Nachtheile der Angeklagten erfolgt sei.

Rechtsanwalt Dr. Halle für Wisberger führt besonders die nochmalige Vernehmung des Polizeihauptmanns Feist nach Schluß der Beweisaufnahme und die Thatsache ins Feld, daß ohne Strafantrag des Polizeipräsidenten, die den Präsidenten betreffenden Stellen der Artikel zum Nachtheile des Angeklagten verlesen worden sind. Der Artikel enthalte keine Thatsachen, sondern

Sie tröstete sich indeß, als sie hörte, daß es sich diesmal nicht um einen Theaterbesuch handle, und war lustig und guter Dinge, als Tom und Marie sich zur Bahn begaben.

Gegen Mittag erschien der Bahnvorsteher in dem kleinen Hause und fragte ob Herr und Frau Fernandez zu Hause seien. Das Dienstmädchen sagte, die Herrschaft sei nach London gefahren, worauf der Beamte traurig nickte und sagte:

„Ich dachte es mir — ich glaubte, sie heute morgen auf dem Bahnhof gesehen zu haben.“

In diesem Augenblick kam Folly die Treppe herabgelaufen; sie hatte sich ein seidenes Tuch phantastisch umgeschlungen und Blumen ins Haar gesteckt. Als sie den Beamten fragen hörte, ob sonst jemand von der Familie zu Hause sei, eilte sie, von einer schlimmen Ahnung erfaßt, auf ihn zu und fragte hastig:

„Was ist denn geschehen? Bitte, sagen Sie es mir!“

Der Beamte erschraf.

„Ach — es hat hoffentlich nichts zu sagen,“ stotterte er, „auf der Bahnstrecke hat sich ein kleiner Unfall ereignet und —“

„Ein Unfall! Barmherziger Gott — sind meine Eltern verwundet?“ fiel Folly dem Zaudernden entsezt ins Wort.

„Ich weiß es nicht, ich hoffe es nicht — ach, so beruhige Dich doch, Kleine!“ schloß der Bahnvorsteher, als Folly laut schluchzend an ihm vorbei zur Hausthüre stürzte.

„Lassen Sie mich — ich muß zu ihnen — o mein armer lieber Papa!“

„Es ist vielleicht nicht so schlimm — es sind nur Wenige todt, aber —“

nur Urtheile über Thatsachen. Der § 186 sei also fälschlich angewendet worden. Sein Klient fühle sich mit Recht beschwert, daß die Vorschriften für die Anwendung von Waffengewalt seitens der Polizei keine Feststellung im Urtheil gefunden haben, während in dem Urtheil doch der Vorwurf unberechtigten Einschreitens der Polizei als festgestellt erachtet worden sei.

Der Angeklagte Grüttesien hebt hervor, daß ihm das Urtheil erster Instanz zu Unrecht die beleidigenden Aeußerungen, die Abg. Singer in einer Reichstagsitzung gemacht habe, mit zur Last lege. Er habe nach dem stenographischen Bericht die Reichstagsrede des Abgeordneten Singer zitiert, auch die Antwort des Herrn v. Voetticher wiedergegeben. Es müsse ihm der Schutz des § 12 Str.-G.-B. zustehen. Der Angeklagte sucht außerdem nachzuweisen, daß ihm der Schutz des § 193 zu Unrecht verjagt sei. Reichsanwalt Galli hält den Einwand der Verjährung für nichtig, da zwei richterliche Verfügungen vorhanden seien — die eine vom 30. Mai, die andere vom 11. Novbr. — die also nur 5 1/2 Monate auseinander liegen.

Zur Sache selbst wurde zunächst auf die prozessualen Beschwerden ausgeführt, die Klage unumfänglicher Feststellung, ob der Zeuge Brandt provisorisch oder assertorisch beeidigt worden sei, sei eine Protokollkrüge, übrigens sei ersteres anzunehmen; auch könne hieraus nirgends ein Revisionsgrund hergeleitet werden, da nirgends behauptet sei, der Zeuge habe falsche Angaben über seine Presse gemacht. Die Klage, Polizeihauptmann Feist sei nach Schluß der Beweisaufnahme nochmals vernommen worden, wurde dahin zurückgeführt, Beweis könne erhoben werden bis zur Publikation und die Bezeichnung „Schluß der Beweisaufnahme“ sei nur eine Formalie, die den Prozeßbetheiligten den Zeitpunkt anzeige, wo sie zum Worte kommen. Was die materiellen Beschwerden anlangt, so sei zuerst gerügt Außerachtlassen der Verordnung von 1820. Es handle sich darum, ob die Differenz des historischen Totalbildes von dem geschilderten Totalbilde eine so wesentliche sei. Daß nun das Verfahren der Polizei ein durchaus legales gewesen sei, erhelle gerade aus den Vorschriften von 1820, wo in § 28 der Waffengebrauch ohne ausdrücklichen Befehl dazu gestattet ist, 1) wenn Thätlichkeiten gegen die Beamten während der Ausübung ihrer Dienstfunktionen ausgeübt werden, und 2) wenn sie auf andere Art den angewiesenen Posten nicht behaupten können. Es fanden Thätlichkeiten gegen die Beamten statt, folglich waren sie zum Einhauen berechtigt. § 186 sei gegen Alle, § 186 gegen alle mit Ausnahme Zachaus und Schüttes angewendet; diese Ungültigkeits-Erklärung sei in diesem Falle nicht rechtsbedenklich. Als unwahre Thatsache fasse das Gericht die Vorwürfe auf, die Polizei sei von Anfang an darauf ausgegangen, Wehrlose zu mißhandeln. Auch eine Klage des Angeklagten Grüttesien wegen Verletzung des § 12 Str.-G.-B. betr. Artikel 22 der Reichsverfassung wurde zurückgewiesen, da es sich in diesem Falle um keinen Parlamentsbericht, sondern nur die Einschaltungen zwischen eigenen Betrachtungen handle. Ueberall sei das Bewußtsein der Angeklagten festgestellt. Auch der Schutz des § 193 sei sämmtlichen Angeklagten ohne Rechtsirrtum verjagt worden, da eine bescheidenere und sachgemäßere Darstellung überall möglich gewesen sei. Es wurde die Verwerfung sämmtlicher Revisionen beantragt. Höchstens könne das Reichsgericht in einigen

Folly hörte nichts weiter — einen gellenden Schrei ausstößend, sank sie bewußtlos zu Boden. Anstatt ihre Zukunft sicher stellen zu können, hatten ihre Beschützer den Tod gefunden. Der Eisenbahnzusammenstoß war der jähe Eingriff durch die Eisenfaust des Schicksals, der das arme verlassene Kind unbarmherzig aus seinem Paradiese stieß.

8. Kapitel.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag des Jahres 1868 Abends nach sechs Uhr waren die zum Garten-Theater führenden Straßen mit einer wahren Wagenburg besetzt; es herrschte ein entsetzliches Gedränge, trotzdem die mannshohen Anschlagzettel bereits die hundertfte Wiederholung von „Jack und sein Wunder“ verkündigten. Am Eingang zum Parterre stieß und schob sich eine lärmende und freischwärmende Menge; jeder strebte vorwärts, um noch ein Billet zu erobern, und die zwischen den eisernen Stangen eingeklinkten Personen liefen bald Gefahr, zu ersticken.

In diesem Augenblick erreichte Folly die zum Theater führende Straße, und einen sehnsüchtigen Blick auf das hellerleuchtete Gebäude werfend, blieb sie stehen. Drei Jahre waren vergangen, seit sie zuletzt ein Theater besucht hatte, und zum ersten Male in ihrem Leben wagte sie sich allein in das wogende Gedränge, welches sie fast schwindeln machte. So stand sie mit fest zusammengepreßten Lippen inmitten der gewaltigen, großen Menschenfluth.

Ein halbwüchziger Knabe, dessen Hände in seinen Hosentaschen steckten, stand neben Folly, und an ihn wandte sich das Mädchen mit der Frage:

„Nicht wahr — dies hellerleuchtete Haus ist doch ein Theater?“

ganz nebensächlichen Sachen aufheben, so wegen der Bekanntmachung, soweit sie Garnisch betrifft, da dieser versehentlich aber zu seinen Gunsten eine Zusatzstrafe statt einer Einzelstrafe erhielt. Die Publikation des Urtheils wurde vertagt auf Freitag.

Soziales und Partei-Leben.

Stapelholm. Soziales Leid. Bei Meggerdorf wurde ein armer Handwerksbursche, welcher vollkommen mittellos war, im Aeth erstarrt aufgefunden. Die angestellten Wiederbelebensversuche waren ohne Erfolg. — Das sind Früchte unserer heutigen Wirtschaftsordnung.

Die Vertreter sämtlicher (16) Knopffabriken in Schmölln beschlossen der „Post“ zufolge in einer Konferenz, für die sämtlichen hiesigen Knopffabriken einen einheitlichen Lohn tarif festzusetzen, um so partiellen Strikes vorzubeugen, bei denen eine Fabrik gegen die andere ausgespielt zu werden pflegt.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht einen Rechenschaftsbericht, der sich erstreckt auf die Zeit nach dem Halberstädter Gewerkschaftskongress, und zwar vom 1. März 1892 bis 31. Dezember 1894. In dem Bericht wird besonders beklagt, daß unter den deutschen Arbeiterorganisationen die Statistik noch so mangelhaft ist. Da die Generalkommission selbst in dieser Sache nur wenig thun kann, werden die einzelnen Organisationen ersucht, auf die Statistik ein größeres Gewicht zu legen wie bisher. Die Hauptaufgabe der G.-K. war die Agitation in solchen Gegenden und solchen Gewerben, deren Arbeiter auf auswärtige Hilfe angewiesen sind. Demgemäß wurden besonders die Provinzen Ost- und Westpreußen, ferner die Arbeiter in der Nahrungsmittelbranche und die Bergarbeiter mit der Agitation bedacht. Außer verschiedenen zur Ausgabe gelangten Flugchriften resp. Brochüren erscheint nach Bedarf, in der Regel alle Woche, das „Correspondenzblatt“, welches in 5300 Exemplaren zum Versand gelangt. Schließlich wird in dem Bericht die Meinung ausgesprochen, daß ein späterer Gewerkschaftskongress voraussichtlich der G.-K. die Unterstützung einzelner Streiks zuweisen werde, was allerdings einschließt, daß die an die G.-K. zu leistenden Beiträge höher als bisher sein müßten.

Zur Frage der Entschädigung der Habern. Es ist bekannt, mit wie großer Gefahr für die Gesundheit des in Papierfabriken arbeitenden Personals die Manipulationen mit Habern verbunden sind. Es ist namentlich zu befürchten, daß durch das Sortiren und Schneiden der Habern nur zu leicht unter den Arbeitern ansteckende Krankheiten verbreitet werden können. In erhöhtem Maße steigt die Gefahr, wenn die Habern aus einem durchseuchten Gebiete stammen, in welchem epidemische Krankheiten anhaltend gewüthet haben. Solche Habern können geradezu ein Infektionsheerd für bössartige Krankheiten werden. In solcher Lage befand sich Rußland in den letzten drei Jahren, da ein beträchtlicher Theil des Landes von der Cholera heimgesucht war. Es lag daher die Befürchtung nahe, daß durch die aus dem Innern des Landes bezogenen Habern die Cholera unter den ca. 3500 Arbeitern der Expedition der Staatspapiere verbreitet werden würde. Es lag daher der Expedition die Pflicht ob, durch energische Schutzmaßnahmen einer solchen Gefahr vorzubeugen. Von hohem Interesse sind daher

die von Dr. H. von Lenz mitgetheilten diesbezüglich gemachten Erfahrungen. Zwar bezieht die Expedition nur gewaschene Habern, doch konnte sie in der Wäsche derselben keinen genügenden Schutz gegen Verschleppung der Krankheit erblicken; es mußte vielmehr befürchtet werden, daß Waschen allein die Krankheit erregenden Mikroben nicht vernichten würde, daß dies vielmehr nur durch energische Desinfektion zu erreichen sei. Koch, Esmarch und andere bedeutende Bakteriologen erkennen als erwiesen an, daß durch Behandlung mit Dampf von 100 bis 110 Grad C. während einer Dauer von 10 bis 20 Min. die Mikroben getödtet oder doch in ihrer Fortentwicklung gehemmt und dadurch unschädlich gemacht werden. Diese Thatsache wird allgemein angenommen und dient als Grundlage für die Desinfektion durch Dampf. Diese Desinfektionsmethode wählte auch die Expedition der Staatspapiere. Im Sommer 1893 begann die Desinfektion und wird diese wohl dauernd beibehalten werden, da die Erfahrung gezeigt hat, daß das Verfahren gar keine Schwierigkeiten bietet und die Kosten desselben nur gering sind. Von den Papierfabrikanten werden gegen die Desinfektion nicht selten Bedenken erhoben aus Befürchtung, es könnten hierdurch die Habern geschwächt werden oder ihr Wassergehalt könne in unliebsamer Weise zunehmen, es könnten durch diesen Prozeß Verzögerungen in der Arbeit eintreten oder aber es könnten die Herstellungskosten des Papiers erheblich steigen. Alle diese Befürchtungen haben sich als grundlos erwiesen, wohl aber kann die Expedition mit Gemuthung feststellen, daß sie während der ganzen Dauer der Cholera-Epidemie nicht einen einzigen Fall von Cholera-Erkrankung in ihren Mauern zu verzeichnen hat. Diese Erfahrungen sind für die Gesundheit der Arbeiter in Papierfabriken von größter Wichtigkeit.

Aus Nah und Fern.

Hamburg. Eine Schreckensnacht am Scharsteinweg. Nächtliches Dunkel lagerte noch auf der Stadt, die kleingebredten Gasflammen glühten nur noch gleich Johannismwürmchen, und fünf Schläge von der Thurmuhr hallten schauerlich durch die Stille. Da und dort schlich ein einsamer Wanderer, den Kopf tief in den Rockstragen gezogen, vom nächtlichen Gelage kommend, seiner heimathlichen Klause zu. Da durchdrang ein gellender Hülferuf die Nacht. „Was ist's? Was ist's?“ riefen die Leute vom Scharsteinweg, und sprangen schreckerfüllt aus den warmen Betten. „Gewiß ein Mord! Mann bleibe hier!“ stöhnte die zärtliche Gattin und hing sich voller Angst an den Gemahl, der in dürftiger Kleidung, aber das Herz voller Muth und Nächstenliebe, davoneilen wollte. Aber er ließ sich nicht halten, der Tapfere, und wie er, so stürzten aus allen Zimmern die kräftigen Männergestalten herbei, in der Faust Waffen, wie der Augenblick sie bot, Knüppel, Besenstiele, Schürhaken, Beestackelklopper. „Wo ist's? Wo ist's?“ ertönte die Frage. Wieder gellten Hülferufe, ein erwünschter Wegweiser. Endlich fand man auf einer Haustreppe eine Brodfrau, die in früher Morgenstunde aus dem Lieschengang gekommen war, um die Bewohner des Scharsteinweges mit den duftenden knusprigen Mundstücken, dieser unentbehrlichen Zuthat zum Morgentaffe, zu versehen. Verzweiflungsvoll rief die Brodfrau um Hilfe, und es war klar, daß sie im nächsten Moment in Ohnmacht fallen würde. Kampfesmuthig drangen die

anscheinend so wohlthuirten Kindern überlegen sei — daß sie konnte, was diese nie lernen würden! Sie bewunderte Niemand, beneidete Niemand — sie war nach London gekommen, um sich bewundern und beneiden zu lassen, und wie die Menge sich heute in's Theater drängte, um das vielgerühmte Stück zu sehen, so würde diese Menge sich bereinst auch herein drängen, um ihre, Folly's, Leistungen zu bejubeln!

Einstweilen freilich gab es noch eine recht schwierige Frage zu lösen — an wen mußte sie sich wenden, um ein Engagement zu erhalten? Hier im Vestibule war ein beständiges Hasten und Drängen, Kommen und Gehen, und mehr als ein Mal gerieth Folly in Gefahr, ihren alten Hut einzubüßen. Eben war sie damit beschäftigt, dessen losgegangene Feder mit einer Stecknadel wieder zu befestigen, als ein Polizist auf sie zukam und barsch sagte:

„Was thust Du denn hier im Eingang — Du versperrst ja den Leuten den Platz!“ und bevor sie ein Wort der Erwiderung fand, hatte der Mann sie am Arme gefaßt und hinaus auf den freien Platz geschoben.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Geschichte des Sozialismus“, erster Band: „Die Vorläufer des neueren Sozialismus“, redigirt von E. Bernstein und K. Kautsky (Verlag von F. v. W. Dieck in Stuttgart), sind soeben Heft 9 bis 12 zur Ausgabe gelangt. Wir geben nachstehend ein kurzes Inhaltsverzeichnis: „Der Kommunismus im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation“ bildet den dritten Abschnitt, zu welchem zum Kapitel VIII: „Die deutsche Reformation und Thomas Münzer“ folgende Abhandlungen gehören: „Münzers Biographie“, „Münzers Anfränge“, „Münzer in Ulm“, „Die Wurzeln des großen Bauernkrieges“, „Münzers Vorbereitungen der Erhebung“ und „Der Bauernkrieg“. Kapitel IX: „Die Wiedertäufer“. 1. Die Wiedertäufer vor dem Bauernkrieg. 2. Die Lehren der Wiedertäufer. 3. Der Wiedertäufer Stüd und Ende in der Schweiz. 4. Die Wiedertäufer in Süddeutschland. 5. Die Wiedertäufer in Mähren. 6. Die Unruhen zu Münster. 7. Die Wiedertäufer in Straßburg und in den Niederlanden. — Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung à 20 Pfg. Probehefte und ausführlicher Prospekt sind durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu erhalten.

Männer vor, schlangen ihre Waffen und suchten in allen Ecken den Mörder. Doch der war nicht zu sehen, und verblüfft schauten die Helfer einander und dann die Brodfrau an. „Da! Da!“ stöhnte endlich die Frau und wies mit dem letzten Aufgebot ihrer Kräfte nach unten, da wo das züchtige Gewand ihre Füße bedeckte. Mit aller Dezenz, die unter diesen Umständen anwendbar, wurde nun eine nähere Untersuchung vorgenommen, die denn auch das Schreckliche enthüllte. In die Wade der Brodfrau hatte sich eine ungeheure — Ratte verbissen und ließ sich nicht abschütteln. Doch die wackeren Männer ließen nicht nach in ihrem Helferwerk. So lange schlugen sie auf die Ratte los, bis diese entkräftet zu Boden fiel, wo ein wohlgezielter Schlag mit einem Knüppel ihrem Dasein ein Ende machte. Erst nach und nach gelang es, die Brodfrau, welche das Opfer der böshafter Ratte geworden, wieder zur Besinnung zu bringen. Doch die Angst und der Mattensiß hatten ihr so zugesetzt, daß sie die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen mußte. Aber befriedigt, schon in so früher Morgenstunde eine gute That vollbracht zu haben, zogen die Männer von dem Scharsteinweg wieder heim zum häuslichen Herd, mit Lobsprüchen und dampfendem Kaffee empfangen von der trauten Gattin, die inzwischen bangend auf den Arm des Kampfes gelauscht hatte. Was aus dem tüchtigen Nagethier geworden, davon weiß der Chronist nichts zu vermelden.

In Passau kündigten die Sozialdemokraten eine Faschingsunterhaltung mit der Aufführung „die Bismarckspende“ an. Nach der „Augsb. Abendztg.“ mußte auf den bereits mehrere Tage lang angeschlagenen Plakaten die Worte „die Bismarckspende“ ausgetilgt werden. Die Genur schreitet also rüstig fort in Bayern — auch ohne Umsturzesgesetz!

Julius Freund, der bekannte Berliner Possendichter, veröffentlicht in der „Volksztg.“ folgendes herrliche Gedicht, welches der Zeitlage durchaus entspricht.

Licentia poetica

(poetische Freiheit.)

Nach Herrn v. Kellers jüngster Rede — Die noch zu zahm war und zu mild — Entrollt sich den erstauten Blicken Ein wunderbares Zukunftsbild.

Die altbeliebte Dichtmethode Ist längst verbraucht und abgethan — Ein neuer Geist regt seine Schwingen Und neue, schön're Zeiten nah'n.

Man muß das Volk, das schwer gequält, Zu möglichst kurz bemess'ner Frist Wenn nötig mit Gewalt erretten Von Bühnentrug und Schreiberlist.

Bei solchem löblichen Beginnen Steht der Regierung trefflich bei Ein Volkstreund allererster Klasse So sich benennt: die Polizei.

Der wird mit allen seinen Mitteln Einführen rasch den neuen Brauch; Verjagt die Häßlichkeit und Mißde — Tritt in Aktion der Gummischlauch.

Das Dichten — um es kurz zu sagen — (Damit kein Unheil mehr passiert) Wird künftig nicht mehr frei betrieben, Es wird behördlich kontrollirt.

Und will ein Mann mit loth'ger Mähne Begeistert sich den Mufen weih'n — Braucht vom Revierbureau er einen Gestempelten Erlaubnißschein.

Mit hohem Zaun wird umgeben In weitem Kreis — dies ist kein Spaß! — Der Dichterbergl „Eintritt verboten“, Steht groß am Eingang zum Paradies.

Süßlich schwarz und weiß getrichen, sehen Die Pfähle äußerst zierlich aus, Grad' rechts und links vom Thore zeigt sich — Symmetrisch — je ein Schilderhaus,

Und wer — von inn'rem Drang getrieben — Den schweren Leidensweg riskirt, Wird erst in einem dieser Häuschen Auf's Feinlichste examinirt.

Man forscht in seiner Seele Tiefen, Man prüft ihn, bis er müd und matt, Ob er zum Dichten auch die rechte Staatsrettende Befähigung hat.

Wer nun erscheint mit hagren Wangen, Mit Augen feuerbranddurchglüht, Mit bebenden Prophetenlippen — Der hat sich ganz umsonst bemüht.

Wer mit den arbeitsiharten Händen Plump tappend seine Leher faßt — Wird lächelnd einfach abgewiesen, Weil er zum „Dichtmetier“ nicht paßt.

Wer nackt und bloß — des Hungers Dente Von „Recht und Unrecht“ phantastirt, Wird ohne Weit'res festgehalten Und stracks nach Döllers transportirt.

Doch wer in wohlgepflegter Kleidung Sich tief vor seinen Richtern bückt, Dazu ein buntes Bündchen zeigend Das ihm des Frades Knopfloch schmückt.

Wer — wenn er so beim ersten Blicke Die ganze Kommission gewann Noch außerdem als Dichtungsprobeu Sechs „Sedan-Hymnen“ zeigen kann.

Der hat sofort sein Spiel gewonnen, Dem öffnen sich die Thore weit, Behaglich lächelnd darf er wandeln Die Wege zur Unsterblichkeit!

Dem thut es aus der Richter Mitte: Dir ist des Vorbes's Krone nah! Dir sei die „Dicht-Licenz“ beschieden —

Licentia poetical

Der Gefragte lachte: „Das sieht man doch — das Garten-Theater — man giebt heute schon zum hundertsten Male „Jack und sein Wunder“. Du kannst wohl nicht lesen?“

„Nein.“

„Ich wollte, ich hätte nur einen Galerieplatz — ich möchte so gerne Harry Paine, den berühmten Clown, einmal sehen — komm mit, ich zeige Dir die Thür, durch welche er ins Theater geht.“

Folly nickte und folgte dem Knaben um die Ecke, wo sich der nur für die Bühnenmitglieder bestimmte Seiteneingang befand. Hier stand sie ganz regungslos und beobachtete die in Mäntel gehüllten Künstler und Künstlerinnen, welche lachend und plaudernd durch die enge Pforte in's Innere des Hauses schlüpfen.

Folly's äußere Erscheinung war seltsam genug. In ein verwaschenes, steifgefärbtes, helles Kattunkleid gehüllt, dessen Saum knapp bis zu den Knöcheln reichte und die in schwarzbaumwollenen Strümpfen steckenden Beine, sowie die schiefgetretenen Schuhe sehen ließ; über dem Kattunkleid ein ausgewaschenes Fädelchen, auf dem Kopf einen alten dunklen Strohhut mit gebrochener Feder und ein Paar baumwollener Handschuhe an den schmalen Händen — so sah das jetzt fünfzehnjährige Mädchen damals aus — zu groß für ein Kind, zu kindlich für ein Weib.

Als sie die elegant gekleideten Kinder aus dem Wagen steigen sah, zögerte sie und schaute ihnen nach, und als sie wahrnahm, daß ein schon ziemlich großes Mädchen die Spitzenmantille fester um die Schultern zog, zupfte sie schnell ihr verwaschenes Fädelchen zurecht — selbst in Lumpen huldigte Folly der Mode.

Ob Folly, als sie die gepuzten Kinder erblickte, daran dachte, daß sie selbst es einst ebenso gut gehabt wie diese — daß sie der Augapfel der Pflegerktern gewesen und sich damals vollkommen glücklich gefühlt? — Nein, weit entfernt davon. Folly gedachte nicht der Vergangenheit, sie träumte nur von der Zukunft, einer reichen glänzenden Zukunft, und sie hatte das Bewußtsein, daß sie all' diesen